



Sonderausgabe

FIGU ZEITZEICHEN



Erscheinungsweise:
sporadisch

Aktuelles • Einsichten • Erkenntnisse

Internetz: <http://www.figu.org>
E-Brief: info@figu.org

8. Jahrgang
Nr. 34 Okt./4 2022

Organ für freie, politisch unabhängige Ansichten und Meinungen zum Weltgeschehen

Laut «Allgemeine Erklärung der Menschenrechte», verkündet von der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 10. Dezember 1948, herrscht eine allgemeine «Meinungs- und Informationsfreiheit» vor, und dieses unumschränkte Recht gilt weltweit und absolut für jeden einzelnen Menschen weiblichen oder männlichen Geschlechts jeden Alters und Volkes, jedes gesellschaftlichen Standes wie auch in bezug auf rechtschaffene Ansichten, Ideen und jeglichen Glauben jeder Philosophie, Religion, Ideologie und Weltanschauung:

Art. 19 Menschenrechte

Jeder Mensch hat das Recht auf freie Meinungsäusserung; dieses Recht umfasst die Freiheit, Meinungen unangefochten anzuhängen und Informationen und Ideen mit allen Verständigungsmitteln ohne Rücksicht auf Grenzen zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten.



Ansichten, Aussagen, Darstellungen, Glaubensgut, Ideen, Meinungen sowie Ideologien jeder Art in Abhandlungen, Artikeln und in Leserzuschriften usw. müssen in keiner Art und Weise zwingend identisch mit dem Gedankengut und den Interessen, mit der «Lehre der Wahrheit, Lehre der Schöpfungsenergie, Lehre des Lebens», wie auch nicht in irgendeiner Sachweise oder Sichtweise mit dem Missionsgut und dem Habitus der FIGU verbindend sein.

=====

Für alle in den FIGU-Zeitzeichen und anderen FIGU-Periodika publizierten Beiträge und Artikel verfügt die FIGU über die notwendigen schriftlichen Genehmigungen der Autoren bzw. der betreffenden Medien!

Auf vielfach geäusserten Wunsch aus der Zeitzeichen-Leserschaft sollen in den Zeitzeichen zur Orientierung der Rezipienten laufend Auszüge diverser wichtiger Belange aus neuest geführten Kontaktgesprächsberichten veröffentlicht werden, wie nach Möglichkeit auch alte sowie neue Fakten betreffs weltweit bösartig mit Lügen, Betrug, Verleumdung und Mordanschlägen gegen BEAM geführte Kontroversen.

ÜBERLEGUNGEN ÜBER DEN RUSSLAND-UKRAINE KRIEG, DESSER WAHRE URSACHEN UND MÖGLICHE KONSEQUENZEN AUFGRUND DER ALTEN HENOCH-PROPHEZEIUNGEN UND DER BOTSCHAFTEN AUS DER PETALE-GEISTESEBENE

1. TEIL

*Der Mensch bedarf zur
Wahrheitsfindung nicht
vieler Worte, denn er hat
nur der inneren Stimme
der Wirklichkeit zu folgen,
die ihm ausnahmslos nur
deren Wahrheit offenbart.*

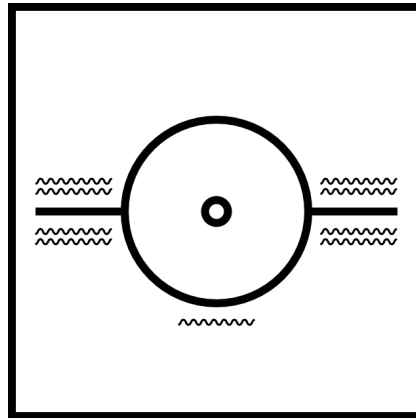
SSSC, 12. Januar 2014, 16.58 h, Billy

Möge die wahrheitliche Wahrheit, die aus der Wirklichkeit hervorgeht, jedem Menschen ein erfüllendes Juwel sein und ein strahlendes Gefäß, das niemals leer wird, sowie ein Mittel wie eine Zauberformel, das stetig wirkt und weder Falschheiten noch Lügen zulässt.

SSSC, 29. Dezember 2011, 00.20 h, Billy

Der Mensch muss sich stets für die Wirklichkeit und die daraus hervorgehende Wahrheit entscheiden, und damit also gegen das Leugnen und die Unwahrheit. Mit dem Entscheiden für die Wirklichkeit und Wahrheit wird eine Entscheidung gegen Angst, Furcht und gegen ein schlechtes Gewissen getroffen, wie aber auch eine Bestimmung zugunsten der Ehrlichkeit, Ehre und Würde sowie für die Klarheit, Rechtschaffenheit und Richtigkeit.

SSSC, 30. September 2013, 15.08 h, Billy



Schöpfungsenergielehre-Symbol «Wahrheit»

VORWORT UND ZWECK DES FOLGENDEN TEXTES

Der folgende Text ist das Ergebnis einer genauen Arbeit der Informationssuche, die sich als Hilfsmittel dafür bietet, die einzig mögliche Wahrheit in Bezug auf die vergangenen und gegenwärtigen Tatsachen dieses Planeten zu erkennen, und insbesondere auf die Gefahr eines drohenden und alles zerstörenden weltweiten Kriegs, der die Vernichtung der nördlichen Hemisphäre und das Ende dieser westlichen Gesellschaft bedingen würde, sowie Jahre der Not und Leiden für die Menschen, die da zukünftig überleben könnten.

Die Informationen, die in diesem Text enthalten sind, bieten also keinen Ersatz für die Wahrheit. Jedoch öffnen sie unbedingt den Weg zur freien, individuellen und unabhängigen Erkennung der Wahrheit selbst, und eben die einzig mögliche Wahrheit, die aus den Tatsachen der Realität entsteht.

Menschen, die mit den Werken von «Billy» Eduard Albert Meier und der FIGU vertraut sind, werden hier eine Übereinstimmung mit dem finden, was sie bereits kennen. Menschen, die dagegen nicht damit vertraut sind oder die gar darüber spotten, werden das hinterfragen können, was sie bisher kennen, oder zu kennen glauben. In beiden Fällen jedoch, kann der Mensch die eigene Verantwortung zuerst erkennen, und dann ehrlich mit sich selbst reden und in seiner Tiefe entscheiden, ob er sich seinen Schwächen, seiner Selbstsucht und seiner Besserwisserie wie eh und je stur noch einmal hingibt, oder ob er stattdessen durch die ihm zur Verfügung stehenden Informationen alles tut, um diese Katastrophe nun zu vermeiden.

DIE SÖLDNER- UND MÖRDERORGANISATION NATO UND DIE KRIEGLÜSTERNE UND VERBRECHERISCHE POLITIK DER USA

Die NATO, d.h. die North Atlantic Treaty Organization, wurde am 4. April 1949 in Washington gegründet, also 6 Jahre vor der Gründung des Warschauer Paktes und zwar auf einen Impuls von Henry Truman, Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika, und der US-Schattenregierung, die seit 1787 besteht und die wichtigsten Entscheidungen der US-Präsidenten in geheimer Weise lenkt, wobei sie ihnen insbesondere die Richtlinien der US-Aussenpolitik aufdiktiert. Das NATO-Militärbündnis, das nur dem Schein nach ein Verteidigungsbündnis, sondern in der Tat eine kriegstreibende Söldner- und Mörderorganisation ist, soll in den Absichten des US-Präsidenten und der ihn beeinflussenden dunklen Regierung dazu dienen, die Welt dominanz der USA als Militärmacht zu verstärken und ihre strategische und militärische Überlegenheit gegenüber der UdSSR zu sichern. Das heisst, dass die NATO von den dunklen Kräften der US-Politik und dem damaligen Staatsoberhaupt als das angebrachte Mittel angesehen wurde, um das Ziel der totalen Weltherrschaft der Vereinigten Staaten von Amerika im Lauf der Zeit zu erlangen. Die militärische Verteidigung Westeuropas vor einer eventuellen und von den Weststaaten gefürchteten Invasion der Sowjetunion war nur ein Nebenziel. Die Tatsache, dass die NATO lediglich ein Machtwerkzeug in den Händen der US-Regierung und der sie insgeheim lenkenden Schattenregierung ist, um die eigenen teilweise geheimen macht- und geopolitischen Ansprüche zu sichern, wobei die verbündeten Staaten zugunsten der Verfolgung der grundlegenden Interessen und der Erfüllung der strategischen Ziele der USA beeinflusst und skrupellos ausgenutzt werden sollen, wird dadurch bestätigt, dass der Oberbefehlshaber der NATO in Europa seit ihrem Bestehen immer und ausnahmslos ein amerikanischer General war und ist.

Um besser zu verstehen, wessen Geistes Kind Truman war, sollte man sich unter anderem vergegenwärtigen, dass damals von seiner Regierung ein geheimer Plan geschmiedet wurde – wie sich aus entklassifizierten Dokumenten des National Security Archive ergeben hat –, wonach im Falle eines vermeintlichen, gefürchteten Überfalls der Sowjetunion auf den Persischen Golf durch die Ölfelder im Nahen bzw. Mittleren Osten sabotiert würden, um sozusagen durch eine Art von Nacht- und Nebel-Aktion den Sowjets «verbrannte Erde» zu hinterlassen. Der Plan der USA und Grossbritanniens sah vor, Ölquellen in der Region durch Zement dichtzumachen und dann Raffinerien und Öltanks in die Luft zu sprengen. Da jedoch die Ausführung dieses Planes zu viel Zeit in Anspruch genommen hätte, wurde als schnellere Option sogar in Erwägung gezogen, die Ölfelder radioaktiv zu verseuchen, indem man radioaktive Kügelchen per Flugzeug durch das umliegende Wüstengebiet verstreute.

(Quelle: National Security Council, [NSC 26/2] report, „Removal and Demolition of Oil Facilities, Equipment and Supplies in the Middle East“ December 30, 1948, Top Secret, with cover note for the President, January 6, 1949)

Es muss auch erwähnt werden, dass Harry Truman derjenige war, der den Abwurf zweier Atombomben auf die japanischen Städte Hiroshima und Nagasaki befahl, wobei dadurch nicht nur beide Städte völlig zerstört und jeweils 250'000 und 70'000 Menschen getötet wurden, sondern auch verheerende und anhaltende Schäden an der Erdatmosphäre sowie an der Gesundheit vieler Erdenmenschen auf dem ganzen Globus zugefügt wurden. Das war ein grosses und schreckliches Verbrechen. Seither haben sich viele Historiker und sonstige Schreiberlinge gefragt, wozu dieser enorme und nie zuvor gesehene Zerstörungsakt seitens der US-Regierung angeordnet wurde und was für ein Ziel dadurch verfolgt werden sollte.

Die verbreitete und überwiegende Meinung diesbezüglich war und ist die, dass dadurch der Krieg der USA gegen Japan am schnellsten siegreich beendet und eine blutige US-Bodentruppeninvasion Japans, die hohe Verluste mit sich gebracht hätte, vermieden werden konnte. Doch das war nicht das einzige Ziel, und zwar auch nicht das Hauptziel dieser zum Himmel schreienden Terroraktion, denn wie es oft der Fall ist, trügt der Schein und die tatsächliche, effektive Wahrheit sieht anders aus, als es den Anschein macht. Diese wurde den Erdlingen von den Plejaren und BEAM seit den vierziger Jahren immer wieder mitgeteilt, wobei die sehr grosse Menge der übermittelten Informationen, Warnungen und Erkenntnisse, die manchmal auch zukunftsbezogen waren, sich bei genauer und ehrlicher Prüfung immer als präzise, zutreffend und wahrhaftig herausgestellt haben und kurz-, mittel- oder langfristig oft eine Bestätigung durch irdische Forschungen, Entdeckungen oder Fakten und Geschehnisse gefunden haben. Aber trotzdem hält die überwiegende Mehrheit der Erdbevölkerung, die aus mehr als 9 Milliarden Menschen besteht, an ihren verwurzelten, unlogischen und wirklichkeitsfernen Überzeugungen und Glaubensinhalten stur fest und ist und bleibt völlig immun gegen die Lehre der Wahrheit, des Lebens und der Schöpfungsenergie, was äusserst negative Folgen für den bewussteinemässigen und lernbedingten Evolutionsweg jedes einzelnen Menschen hat und nur noch bewussteinemässige Stagnation und Ausartungen aller Art fördert.

Nun, der effektive Zweck des Atombombenabwurfes seitens von Truman und der US-Schattenregierung lag in der Tat darin, der UdSSR, die sich anschickte, im Sommer 1945 Japan den Krieg zu erklären, ein starkes, schreckliches und bedrohliches Signal bezüglich der US-Militärstärke zu senden und ihr dadurch einschüchternd zu demonstrieren, dass sie sich besser von Japan und sonstigen von den US-Truppen besetzten Gebieten in Europa fernhalten und bereit sein sollte, einige Zugeständnisse in Bezug auf ihre zukünftige Einflussphäre in Osteuropa, Deutschland und der von den USA dominierten Westallianz zu machen. Die USA wollten als der einzige Sieger im Pazifikraum dastehen. Und der Bau und Einsatz der Atombombe als Instrument der US-Weltherrschaft wurde unmittelbar nach dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges von US-Regierungseliten

geplant und es wurde bereits am Anfang der vierziger Jahre daran gearbeitet, wobei die entscheidenden Erkenntnisse dazu von deutschen Wissenschaftlern kamen.

Nach dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges brauchte die US-Regierung einen «Casus Belli», d.h. einen Kriegsvorwand, um die geheimen Pläne der Schattenregierung zu verwirklichen und die Kriegsbeteiligung vor der meistens kriegsunwilligen Öffentlichkeit zu rechtfertigen und somit später zum Einsatz der Atombomben zu kommen, an deren Entwicklung ab Anfang der 1940er Jahre gearbeitet wurde. Zu diesem Zweck wurden harte Wirtschaftssanktionen gegen für die japanische Kriegsführung notwendige Rohstoffe verhängt, um Japan dazu zu veranlassen, US-Stützpunkte im Pazifik anzugreifen und somit die Verantwortung des US-Kriegseintritts auf die Schultern der Japaner abzuwälzen und die eigenen Streitkräfte vor der eigenen Öffentlichkeit und der Welt als Opfer einer brutalen und unprovzierten Attacke (die sich dann tatsächlich in Pearl Harbor ereignete, wie es von den amerikanischen Stabschefs und der Regierung gewollt und in Erfahrung gebracht worden war) erscheinen zu lassen.

Wie der amerikanische Historiker Robert B. Stinnet in seinem gut recherchierten Buch mit dem Titel «Der Tag der Täuschung» aufgrund von entklassifizierten Dokumenten bewiesen hat und wie die Plejaren zur Kenntnis genommen und den Erdenmenschen mitgeteilt haben, wussten die Militärführungskräfte und die Regierungsspitze der USA im voraus ganz genau über den bevorstehenden japanischen Angriff auf den Marinestützpunkt in Pearl Harbor auf Hawaii Bescheid, weil der japanische Marine-Code geknackt worden war, doch taten sie gar nichts, um ihn abzuwenden, sondern sie beschränkten sich auf zynische Art und Weise darauf die grössten und wichtigsten Kriegsschiffe – also die Flugzeugträger – in Sicherheit zu bringen und überliessen alle übrigen Kriegsschiffe der Zerstörung und ihre ganzen Matrosen sowie die dort stationierten Soldaten der Marine-Infanterie ihrem tragischen Todesschicksal. Ungefähr 2400 Menschen fanden am 7. Dezember 1941 in Pearl Harbor den Tod und eine Welle der Empörung breitete sich in der Öffentlichkeit aus, so dass der Weg zum Kriegseinzug, der am darauffolgenden Tag erfolgte, geebnet war.

Auszug aus dem 544. plejarischen Kontaktbericht vom 1. September 2012, 14.14 Uhr

Billy (...) Roosevelt zwang die Japaner mit einem Handelsembargo zu Zwangsmassnahmen, die in einem Gegenschlag gegen das Embargo zur Geltung kamen – so also zum Angriff auf Pearl Harbor, bei dem 2403 Tote und 1178 Verletzte zu beklagen waren, wie aber auch die Zerstörung von 14 Kriegsschiffen und 320 zerstörten oder schwer beschädigten Flugzeugen. 90 Prozent aller US-Amerikaner waren erstlich gegen einen Eintritt in den Zweiten Weltkrieg (resp. Dritten Weltkrieg), nach Pearl Harbor jedoch schrie das Volk auch nach Krieg. Durch die Geheimdienste erfuhr Roosevelt übrigens vom drohenden Angriff, doch er reagierte ebenso nicht, um etwas zu verhindern, wie auch George W. Bush nicht, als es galt, die Torkatastrophe vom 11. September 2001 zu verhindern (...)

Ähnliche heimtückische Täuschungsmanöver, sei es durch gezielte Provokationen, Wirtschaftssanktionen als auch durch sogenannte «False Flag»-Operationen, also Operationen unter falscher Flagge, sowie sonstige geheimdienstliche Tricks und Machenschaften, die bezwecken, einen Vorwand zur Rechtfertigung eines angestrebten Kriegseintrittes zu liefern, wodurch man die eigenen schmutzigen Hände vor dem Publikum in Unschuld wäscht und somit die Öffentlichkeit perfide getäuscht und irregeführt werden kann, wurden wie vorher und nachher mehrmals von der US-Regierung und der Schattenregierung in die Tat umgesetzt und benutzt, um die aussenpolitischen Ziele der US-Eliten dunkler und offizieller Art zu erreichen. Es sei nur an eine ganze Reihe von Zwischenfällen erinnert, die man sich vor Augen führen kann und die das oben Gesagte bestätigen, wie z.B. die Versenkung des Kriegsschiffes «USS-Maine» wegen einer Explosion, die 266 Mann der Besatzung tötete, und der Regierung dazu diente, 1898 den Krieg gegen Spanien zu erklären; dann den Lusitania-Vorfall von 1915, bei dem ein englisches Passagierschiff mit 127 amerikanischen Bürgern an Bord – auf dem ohne Wissen des Kapitäns Waffen versteckt und transportiert wurden – von einem deutschen U-Boot im Atlantik versenkt wurde, wobei es sich laut zwei britischen Historikern und Journalisten, um ein Täuschungsmanöver handelte, das von Winston Churchill geplant worden war, um der US-Regierung einen Vorwand zur Rechtfertigung des US-Kriegseintrittes zu liefern, wie im Jahr 1972 ein im deutschen Wochenmagazin «Der Spiegel» veröffentlichter Artikel mit dem Titel «Schmutziges Geschäft» berichtete (Ausgabe Nr., 45/1972); und auch noch den Unfall beim Tonkin-Golf von 1964, der inszeniert wurde, um in den Vietnamkrieg einzuziehen.

Auszug aus dem 625. plejarischen Kontaktbericht vom 10. August 2015, 17.44 Uhr

Billy (...) Damals nämlich, es war am 4. August 1964 – wie ich von deiner Tochter Semjase, wie auch von dir und Quetzal weiss, und worüber ich auch einiges gelesen habe –, suchte der US-amerikanische Geheimdienst NSA (National Security Agency) einen verbrecherischen Weg, um gegen den kommunistischen Norden Vietnams einen Krieg zu provozieren, obwohl Nordvietnam in keiner Art und Weise einen Grund für Kriegshandlungen geliefert hat. Also fabrizierte die NSA im südchinesischen Meer auf dem Zerstörer «USS Maddox» ein fehlerhaftes resp. falsches Sonar-Echo, um die NSA-Agenten offiziell handeln zu lassen, und zwar in der Weise, dass sie bewusst-fälschlich und lügnerisch das selbst erzeugte harmlose und falsche Sonar-Echo als einen Torpedoangriff des Vietcong auslegten. Alle daraus bewusst fabrizierten und durch Lug und Trug entstandenen gefälschten Informationen, Berichte und Koordinaten liefen ab sofort durch die Nachrichtenfilter des Geheimdienstes NSA,

der auch alle Funksprüche, Photos und Seekarten manipulierte und fälschte, und zwar nebst dem, dass sie auf dem Zerstörer «USS Maddox» einen bewusst falschen und also angeblichen und effektiv erfundenen Gross-, Gefechts- und Torpedoalarm auslösten. Als Folge änderte das Kriegsschiff natürlich seinen Kurs, wobei mit den schweren Zwillingsstürmen des Zerstörers für mehrere Stunden das Feuer auf imaginäre und nichtvorhandene Feinde eröffnet und wild über das Meer herumgeballert wurde. Dies nebst dem, dass gleichentags vom US-Flugzeugträger «USS Ticonderoga» aus mit Kampfflugzeugen «Vergeltungsangriffe» auf die Stadt Hanoi ausgeführt wurden. Natürlich wurden auf See keine Vietcong-Schiffe, Unterseeboote oder Torpedos getroffen, denn solche waren weder im Bereich des Zerstörers, noch war Nordvietnam am Ganzen überhaupt beteiligt. Tatsache ist, dass durch die NSA ein perfektes Schauspiel vom Stapel gelassen wurde, das dazu diente, dass die USA den Vietcong in einen Krieg verwickeln konnte, in der Hoffnung, Nordkorea könne von den USA-Streitkräften in den USA-Weltherrschaftsbereich annektiert werden. Das ging aber gründlich in die Hosen, denn Nordvietnam liess sich nicht kleinkriegen, sondern demütigte die USA – die damals stärkste Armee der Welt – und erteilte deren Streitkräften während des zehnjährigen Krieges eine Schlappe nach der andern und letztendlich eine völlige moralische, militärische Niederlage und einen verlorenen Krieg. Leider kostete deinen früheren Erklärungen gemäss dieser Vietnamkrieg mehr als sechseinhalb Millionen Menschenleben, wobei jedoch heute behauptet wird, dass es «nur» deren fünf Millionen gewesen seien. (...)

Um eine grossangelegte Täuschungsaktion im Rahmen des Wettstreits um die Vormachtstellung bei der Weltraum-Eroberung mit der UdSSR, die kurz davor stand den USA zuvorzukommen, handelte es sich auch bei der angeblich ersten Mondlandung im Jahre 1969, wie den Plejaren persönlich von einem deutschen Wissenschaftler namens Ernst Stuhlinger zugegeben wurde, der am Apollo-Projekt beteiligt war und einer kleinen Gruppe von insgesamt 37 Personen angehörte, die über den grossen Schwindel bestens informiert waren und später einer posthypnotischen Gehirnwäsche unterzogen wurden, in deren Folge ihnen künstliche Erinnerungen an nicht gemachte Erfahrungen diktiert wurden, wobei auch die Mondlandungsinszenierung in der amerikanischen Wüste von plejarischen Menschen beobachtet wurde.

Am 12 März 1947 verkündigte Präsident Truman in einer Rede vor dem Kongress die wegweisenden Ansätze jener aussenpolitischen Strategie, die unter der Bezeichnung «Truman-Doktrin» bekannt ist und praktisch den Beginn des «Kalten Krieges» gegen die UdSSR einleitete, obwohl sie rhetorisch dadurch gerechtfertigt wurde, dass die USA die vermeintliche Expansion der Sowjetunion aufhalten müsse. Dabei wurde vom US-Präsidenten die Bedrohung durch die Sowjetunion absichtlich übertrieben, um die öffentliche Meinung zu mobilisieren. Nach verschiedenen Zeitzeugen und Historikern soll er seinen engen Beratern gesagt haben, dass, um den Konsens für eine derart anspruchsvolle Aussenpolitik wie seine zu erzielen, «die grösste Werbekampagne, die jemals einem Präsidenten zugefallen ist» notwendig sein würde.

Nach dem amerikanischen Professor für Völkerrecht Michael J. Lennon etablierte sich in der Truman-Ära das, was er ein «Doppelregierungssystem» nennt. Das heisst, dass neben den traditionellen Verfassungsorganen (Kongress, Regierung, Justiz), auf Anregung von Truman ein aus Geheimdiensten, Sicherheitsbehörden, Militärspitzen, hohen Diplomaten und Präsidentenberatern bestehender Machtapparat entwickelt wurde, den die Verfassungsorgane faktisch nicht mehr kontrollieren konnten. In seinem Buch «National Security and Double Government» (2014) schreibt er, dass Truman mehr als jeder andere US-Präsident für die Schaffung des sogenannten «Staatssicherheits-Apparates» und die enorme Machtzunahme der Exekutive verantwortlich war. Laut seiner Analyse kam das in Folge des 1947 verabschiedeten «National Security Act» (d.h. des Gesetzes für die nationale Sicherheit) zustande, aufgrund dessen die CIA, der National Security Council (der Rat für die nationale Sicherheit bzw. Nationale Sicherheitsrat) und der Vereinigte Generalstab gegründet wurden. Später wurde auch die NSA (National Security Agency) eingerichtet. Der Autor meint, einem solchen imposanten und undurchsichtigen Machtapparat liege die Furcht vor dem Kommunismus, das Misstrauen gegen die eigene Bevölkerung sowie eine Hegemonialpolitik zugrunde. Er bemerkt auch, dass US-Präsidenten eine geringe Fähigkeit haben, den Einfluss solcher Machtapparate und nicht gewählter Führungsbeamter zu beschränken, da ihr angeblicher Sachverstand und ihre dauerhafte Amts-Innehabung den eigenen Positionen und Meinungen ein bemerkenswertes Gewicht verleihen.

Hinweise auf die Existenz einer Schattenregierung bzw. Dunkelregierung in den USA kann man in mehreren Artikeln und Büchern finden, wie etwa im Buch «Amerika Game Over? Das grosse Land der Helden und Befreier nach der Demokratie» (von Norman Spreng, Books on Demand, 2017), wo auf Seiten 271–272 folgendes zu lesen ist:

Eigentlich macht es gar keinen Unterschied, wer an der Spitze der USA steht, denn es ändern sich lediglich politische Nuancen, die grundlegende Ausrichtung bleibt aber erhalten, da darf man sicher sein. (...) Der französische Journalist Thierry Meyssan erklärt: «Trotz des Anscheins verfügt das Amt des Präsidenten nur über begrenzte Macht. Zum Beispiel war es für jeden offensichtlich, dass Präsident G.W. Bush nicht die Fähigkeiten zum Regieren hatte und andere dies für ihn taten. Ebenso wird heute offenbar, dass es Präsident Barack Obama nicht gelang, sich bei seiner gesamten Verwaltung Gehorsam zu verschaffen. Die Hauptaufgabe des Weissen Hauses ist in Wahrheit nicht, die Streitkräfte zu befehligen, sondern 14.000 höhere Beamte zu ernennen oder zu bestätigen. Darüber hinaus ist der Präsident der Garant für den Machterhalt der herrschenden Klasse; das ist der Grund dafür, dass diese und nicht das Volk den Präsidenten wählt.»

Und er setzt fort:

«Nach Auffassung von Paul Craig Roberts handelt es sich bei den mächtigen Oligarchen um die Wall Street, die Mega-Banken, die Federal Reserve (FED) als Bundesbehörde sowie den Militärisch-industriellen Komplex (MIK), die Neo-Konservativen im US-Kongress und die US-Multis (...). Diese Schattenregierung ist ein Krake, seine Tentakel erstrecken sich mittlerweile in alle Bereiche von Politik, Militär, Wirtschaft und Kultur.»

«Viele Amerikaner klammern sich an die beruhigende Überzeugung, dass der Tiefe Staat eine Fiktion sei, zumindest in einer <Demokratie> wie den USA. Hinweise auf die anhaltende Macht der Sicherheitsbehörden und anderer wichtiger Beamtenapparate finden kaum Erwähnung in den Mainstreammedien, die viele andere argwöhnische Amerikaner als eine weitere Komponente des Tiefen Staates sehen.»

sagte der Ex CIA-Analyst Ray McGovern. Und er stellte auch fest, dass <Trump durch den Tiefen Staat ebenso eingeschüchtert worden zu sein schien wie sein Vorgänger Obama.>

(Quelle: www.rubikon.news/artikel/der-jfk-triumph-des-tiefen-staates-uber-trump)

Der Ausdruck <Tiefer Staat> (deep state) wurde durch das 2016 in den USA erschienene Buch von Mike Lofgren – der 28 Jahre lang als Assistent im US-Kongress gearbeitet hat – mit dem Titel <The Deep State: The Fall of the Constitution and the Rise of a Shadow Government> (Der Tiefe Staat: Der Abstieg der Verfassung und der Aufstieg einer Schattenregierung) in Umlauf gebracht und populär. Er spricht im Buch von einer Machtgruppierung, deren Herkunft er auf die Frühzeit des Kalten Krieges zurückführt, die aus einer Verflechtung von Bürokratie, Militär, Finanz- und High-Tech-Industrie entstand und als herrschende Klasse der sowjetischen Nomenklatur immer ähnlicher wurde. Diese Regierungsform sei zum ersten Mal durch das Manhattan-Projekt konzipiert worden und habe dabei eine vorbildliche Verkörperung gefunden, als unter strenger Geheimhaltung unerhörte Geldmengen investiert und in kürzester Zeit aus dem Nichts ganze Städte, Labore und Anlagen aufgebaut wurden. Nach dem Kriegsende sei dieses Organisationsmodell auf den ganzen Staat ausgedehnt worden und habe zur Zeit Trumans einen Wendepunkt erreicht, und zwar durch die rhetorische Ausnutzung der angeblich ständigen Bedrohung der nationalen Sicherheit durch totalitäre Regimes zur Legitimation des abnormen Wachstums des Militärapparats, dessen Tätigkeiten unter dem Mantel der Geheimhaltung verdeckt werden. Diese Militarisierung des Staates habe sich in einer derart tiefen und umfassenden Form entwickelt, dass sie weder zeitlich noch auf spezifische Bereiche beschränkbar sei, sondern zu einem als Grundelement der effektiven Staatordnung zu bezeichnenden permanenten Ausnahmezustand geworden ist, der jegliche Funktion der Verfassungsorgane entleert.

Es muss diesbezüglich erwähnt werden, dass die USA nach plejarischen Angaben staatsformmässig eine Polyarchie oligarchischer Art sind, d.h. ein durch verschiedene unabhängig voneinander operierende und manchmal auch miteinander konkurrierende Machtzentren strukturiertes Staatsgebilde (wie etwa der Kongress, das Weisse Haus, der Oberste Gerichtshof, die CIA und sonstige Geheimdienste, das Pentagon und der militärisch-industrielle Komplex sowie eben die Schattenregierung). Dazu sprach am 17. Januar 1961 der 34. Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika, Dwight D. Eisenhower, in der letzten Fernsehansprache kurz vor seinem Amtsabschied, folgende Worte aus:

Diese Verbindung eines gewaltigen Militärapparates mit einer grossen Rüstungsindustrie stellt eine neue Erfahrung in den USA dar. Der gesamte Einfluss – wirtschaftlich, politisch, ja sogar spirituell – wird wahrgenommen in jeder Stadt, in jedem Parlament unserer Bundesstaaten und jeder Behörde der Bundesregierung. Wir erkennen die Notwendigkeit dieser Entwicklung an. Wir dürfen aber auch nicht die Augen verschliessen gegenüber ihren schwerwiegenden Folgen. All unsere Bemühungen, Mittel und Existenzgrundlagen sind betroffen; das gilt auch für die Struktur unserer Gesellschaft. (...) In den Gremien der Regierung müssen wir uns verwahren gegen die Inbesitznahme einer unbefugten Einmischung, ob angefragt oder nicht, durch den militärisch-industriellen Komplex. Das Potential für die katastrophale Zunahme deplatzierte Macht existiert und wird weiter bestehen bleiben.

Und der mit dem Pulitzer-Preis gekrönte Journalist und Schriftsteller Chris Hedges schreibt über die amerikanische Schattenregierung folgendes:

In den USA gibt es neben der sichtbaren noch eine unsichtbare Regierung, die aus anonymen Technokraten, Geheimdienstlern, Generälen, Bankern, Unternehmern und Lobbyisten besteht. Die Vereinigten Staaten von Amerika befinden sich fest im Griff einer unsichtbaren Regierung, angeführt von den Geheimdiensten des Landes.

Chris Hedges zeichnet anhand von Ausschnitten aus dem neuen Buch des Journalisten Stephen Kinzer nach, welche historischen und aktuellen Verbrechen die CIA begangen hat und welche Auswirkungen diese auf die USA und die ganze Welt haben:

In den Vereinigten Staaten gibt es zwei Arten von Regierung: Da ist einerseits die sichtbare Regierung – das <Weisse Haus>, der Kongress, die Gerichte, die Staatsparlamente und die Gouverneure –, und andererseits die unsichtbare Regierung beziehungsweise der tiefe Staat, in dem anonyme Technokraten, Geheimdienstler, Generäle, Banker, Unternehmer und Lobbyisten die Innen- und Aussenpolitik steuern, unabhängig davon, welche politische Partei an der Macht ist.

Die mächtigsten und wichtigsten Organe der unsichtbaren Regierung sind die aufgeblähten und nicht rechenschaftspflichtigen Geheimdienste der Nation. Sie sind ihre Vorhut; überwachen eine riesige Schattenwelt und haben die Aufgabe, die Machtposition der unsichtbaren Regierung aufrechtzuerhalten; spionieren einheimische und ausländische Kritiker aus und beschmutzen ihre Namen, manipulieren Wahlen, bestechen, erpressen, foltern, ermorden und überfluten die Medien mit «schwarzer Propaganda»; sind immun gegen das Chaos und das menschliche Leid, das sie hinterlassen. Die unsichtbare Regierung hat demokratisch gewählte Regierungen im Iran, in Guatemala und Chile gestürzt sowie die Kriege in Vietnam, Afghanistan, im Irak, in Libyen und Syrien vorangetrieben.

Daraus entstanden Katastrophen, soziale Unruhen, wirtschaftliche Zusammenbrüche, massives Elend, Tod und ein fanatischer anti-amerikanischer Widerstand. Die Vereinigten Staaten und der Rest der Welt wären weitaus sicherer, wenn unsere selbsternannten Schattenkrieger, die die Iranische Revolution, den Zusammenbruch der Sowjetunion und die Anschläge vom 11. September 2001 nicht vorausgesehen haben, von dem Nichtvorhandensein irakischer Massenvernichtungswaffen scheinbar nichts wussten und deren umfassender Einsatz von Folter sie zu den effizientesten Anwerbern für radikalen Dschihadismus macht, gegenüber der Öffentlichkeit und der Rechtsstaatlichkeit verantwortlich gemacht werden würden. Ab und zu erhascht man einen Blick auf die moralische Verwahrlosung und Untauglichkeit, von der die Schattenwelt der USA geprägt ist.

(Quelle: <https://www.rubikon.news/artikel/die-schattenregierung>)

Dass die USA eigentlich keine Demokratie, sondern eine Oligarchie sind, wird unter anderem vom Schweizer Historiker und Friedensforscher Daniele Ganser argumentiert. In einem in Berlin gehaltenen Vortrag unter dem Titel «Das US-Imperium ist eine Oligarchie», der auch auf YouTube zu sehen ist, zitiert er folgende Worte des früheren US-Präsidenten Jimmy Carter (aus einem der amerikanischen Talkshow-Moderatorin Oprah Winfrey gegebenen Interview von 2015):

Alle US-Präsidentschaftskandidaten müssen mindestens über 200 oder 300 Millionen Dollar verfügen. (...) Wir sind eine Oligarchie geworden, statt eine Demokratie. Und ich glaube, dass das der grösste Schaden an den fundamentalen ethischen und moralischen Standards des amerikanischen politischen Systems ist, den ich je in meinem Leben gesehen habe.

(Quelle des Zitats: Daniele Gansers Buch «Illegale Kriege» S.33)

«Die Hundert US-Senatoren besitzen einer aktuellen Erhebung zufolge im Durchschnitt ein Privatvermögen von drei Millionen Dollar. Das bedeutet, dass der US-Senat nicht der Rat der Alten und Weisen, sondern der Reichen ist», fügte er hinzu. Daraus ist zu schliessen, meint Ganser, dass die USA deshalb eine Oligarchie (das Wort kommt aus dem griechischen und heisst «Herrschaft von Wenigen») sind, weil sie «durch eine reiche und mächtige Elite dominiert werden, während der durchschnittliche Amerikaner nur wenig Macht hat, die Politik zu beeinflussen». Das bringt mit sich, dass «die amerikanische Aussenpolitik ausschliesslich den Interessen der Oligarchen dient».

Das Verhältnis zwischen sogenanntem «Tiefem Staat» und US-Präsidenten kann beispielhaft am offensichtlichsten an der Parabel von Obama abgelesen werden, denn dieser wurde aufgrund einer weit verbreiteten Begeisterungswelle ins Weisse Haus gewählt, aber andererseits auch in einer Zeit, die von einer allgemeinen Krise des amerikanischen Gesellschafts- und Wirtschaftssystems gekennzeichnet war.

In seinem Wahlkampf hatte er in Aussicht gestellt, einige Eckpfeiler der amerikanischen Machtordnung in Frage zu stellen und reformieren zu wollen (wie die Übermacht der Sicherheitsapparate und der Finanzwelt, die überbordenden Militärausgaben, den Mangel an effektiver Demokratie und an sozialer Gerechtigkeit, die aggressive und kriegslustige Aussenpolitik) und dadurch grosse Hoffnungen auf einen radikalen Veränderungskurs bezüglich der Staatsführung geweckt. Doch die Endbilanz seiner acht Jahre dauernden Präsidentschaft – wobei er für die meiste Amtszeit über die Mehrheit in beiden Kongresskammern verfügte –, war sehr enttäuschend und zeugte im Endeffekt von seiner politischen Irrelevanz und Unterstellung unter die effektive Machtordnung und bestimmte die Spielregeln diktierenden Figuren sowie von seinem kläglichen Scheitern in Bezug auf das Versprechen, das System grundlegend zu reformieren. Was dagegen bald zum Vorschein kam, waren seine Bemühungen, den Satus quo zu bewahren und von den wichtigsten Machtzentren, den offiziellen und den inoffiziellen, nicht als Fremdkörper angesehen, sondern günstig aufgenommen zu werden. Dieses Ziel wurde bei der Auswahl seiner Minister, hoher Beamter und Berater klar erkennbar, wobei ein nicht geringer Teil davon dem Personal der Bush-Administration angehörte. Um die Regierungserfahrung Obamas beispielhaft auf einen kurzen Nenner zu bringen erzählt Lofgren eine bedeutsame Episode, die aus seiner Sicht am deutlichsten das Unterordnungsverhältnis des Präsidenten zum Tiefen Staat darstellt. In einem im März 2015 veröffentlichten Interview sagte der oft kritisierte ehemalige CIA-Direktor John Brennan, dem gegenüber Obama stets grosse Loyalität gezeigt hatte, «der Präsident habe bei seinem Amtsantritt keine grosse Achtung vor der nationalen Sicherheit gehabt, doch durch die Bevormundung seinerseits und seitens anderer Experten er sei geschult worden und habe die Komplexität des ganzen mitbekommen». Daraus wird ersichtlich, dass Brennan für die ihm vom Präsidenten gezollte und mit dessen moralischen Werten im Widerspruch stehende Loyalität keine Dankbarkeit geäussert hat, so, als sei das ohnehin eine Pflicht seitens des Präsidenten gegenüber der CIA. Seinerseits hat das Schicksal von Obama, der vor seinem Amtsantritt das Sinnbild der Veränderung verkörpert hatte, auf tragischer Weise enthüllt, wie ein mit starken und ehrlichen Veränderungsabsichten aufgetretener Präsident bald Opfer fremder und subtiler Beeinflussungen durch

mächtige Schlüsselfiguren und Drahtzieher sowie durch die Schattenregierung und den offiziellen Machtapparat wie durch einen automatischen Kooperationsprozess vereinnahmt und quasi ferngesteuert wurde. Im übrigen wurde durch die Plejaren bekannt gemacht, dass Obama von dunklen Kräften auch mit dem Tod bedroht wurde.

Im Vorwort zu seinem 1998 erschienenen Buch «Die geheime Geschichte der amerikanischen Kriege. Verschwörung und Krieg in der US-Aussenpolitik» schreibt Mansur Khan folgendes:

Seit dem amerikanisch-mexikanischen Krieg (1846–1848) waren Provokationen und Intrigen in der amerikanischen Aussenpolitik ein Mittel, Kriege auszulösen. Ein roter Faden zieht sich durch die Geschichte der amerikanischen Kriege und deutet auf Provokationen und Inszenierungen von «Vorfällen» hin, die die Machthaber dazu benutzen, dem eigenen Volk weiszumachen, dass ein Krieg nun gerechtfertigt ist. Man darf hierbei nicht vergessen, dass Krieg auch immer ein einträgliches Geschäft für die Geschäfts- und Rüstungswelt ist. Im Zusammenhang mit den amerikanischen Kriegen fiel mir immer wieder auf, dass die wirkliche Politik nicht von den Politikern gemacht wurde, sondern von einer Machtelite, die die Fäden im Hintergrund in der Hand hielt. (...) Ausserdem steuert dieselbe Machtelite unsere Medien, sie entscheidet darüber, welche «Nachrichten» gesendet werden und welche nicht. Die meisten US-Präsidenten waren nur Instrumente dieser Machtelite, und sie taten, was Ihnen indirekt oder direkt von ihr befohlen wurde.

Wenn man die ganze Geschichte der trickreichen US-Aussenpolitik und der amerikanischen Kriegseinsätze im Detail zur Kenntnis nehmen und vertiefen will, kann man neben dem oben zitierten Buch unter anderem folgende Bücher lesen: «Der Moloch. Eine kritische Geschichte der USA», von Karlheinz Deschner, und «Zerstörung der Hoffnung (Killing Hope): Bewaffnete Interventionen der USA und der CIA seit dem 2. Weltkrieg» von William Blum. Letzterer arbeitete eine Zeitlang als Beamter beim US-State Department, dem amerikanischen Aussenministerium. Was Blum anbelangt, ist es erwähnenswert, was er in einem Fernsehinterview von 2015 mit «Russia Today» sagte, nämlich: «Ich glaube nicht, dass die US-Aussenpolitik sich überhaupt ändern wird, unabhängig davon, wer im Weissen Haus sitzt; welcher Präsidentschaftskandidat und von welcher Partei spielt keine Rolle». Auf die Frage der Moderatorin, warum er denke, es gäbe keinen Unterschied, antwortete er:

Weil US-Amerika seit zwei Jahrhunderten ein grundlegendes Ziel verfolgt und das ist die Weltherrschaft. (...) Von der US-Vorherrschaft träumen sowohl die Republikaner als auch die Demokraten (...). Die Idee ist, dass wir die auserwählte Nation sind und der restlichen Welt etwas Wichtiges zu erteilen haben, nämlich unsere Werte der US-amerikanischen Auserwähltheit. (...) Die NATO teilt den Wunsch der USA, in der Welt herrschen zu wollen. Die NATO ist für die USA lediglich ein Werkzeug. Es hat keinen Sinn, einen Unterschied zwischen der US-Aussenpolitik und der Politik der NATO zu machen. (...)

Dann fragte ihn die Moderatorin: «Die Eingreiftruppen der NATO in Osteuropa sollen auf 30.000 Soldaten aufgestockt werden. Warum tut man das und gegen wen sind diese Truppen gerichtet?» Darauf antwortete er:

Die NATO-Aktivitäten sind gegen Russland gerichtet. Die USA werden niemanden dulden, der im Wege der globalen Expansion des US-Imperiums steht. Russland und China sind die einzigen Nationen, die in der Lage sind, dem US-Imperium im Wege zu stehen.

In der Geschichte der USA hat es seit ihrem Anfang immer eine enge Beziehung zwischen christlichem Glauben und Politik gegeben, so dass fast alle Präsidenten bei wichtigen Reden, Entscheidungen und Kriegseintritten sich gerne auf Gott berufen haben, wie der deutsche Schriftsteller und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner in folgenden Buchauszug schildert:

Mit hehrsten Gedanken begleiten US-Präsidenten ihr Tun, ihre Taten oder Untaten (hier meist identisch), mit ausdrücklichem Bezug auf Gott, die Bibel, das Christentum – von Benjamin Franklin, der göttlichen Beistand erfleht für das Gelingen einer Krämer-Revolution, über McKinley, der zur Eroberung der Philippinen auszieht, um sie «zu christianisieren», bis zum Atombomben-Schmeisser Truman, der in der Bibel «die Grundlagen» der amerikanischen Verfassung erblickt, dem Vietnamkämpfer und «Jünger Christi»-Mitglied Lyndon B. Johnson, der «nie einen Trennstrich» ziehen lassen will «zwischen der Macht, die wir besitzen, und Gott, der tief in unseren Herzen ruht»; und zum Ganoven Nixon, der seine Nation die «Nation unter Gott» nennt; bis hin zum Hollywood-Mimen Reagan, der die USA als «goldene Hoffnung für die ganze Menschheit» feiert, als «die letzte grosse Hoffnung des Erdenmenschen»; der behauptet, dass «Gott, der seine Gnade auf dieses Land giesst, immer auf uns blickte und uns in das Land führte, das das Land der Verheissung ist», «das Land, das nie dafür bestimmt war, das zweitbeste Land zu sein». Und warum? Auch das wusste der Schauspieler: «Weil die Amerikaner weitaus religiöser sind als die Menschen in anderen Ländern.»

(Quelle: Karlheinz Deschner, «Der Moloch. Eine kritische Geschichte der USA» Seite 35, 2002, Wilhelm Heyne Verlag, München)

Die früher beschriebene Technik der Täuschung und der Irreführung sowie des Propagandakrieges zum Zweck der Konstruktion des perfekten Feindbildes wird durch die amerikanischen Geheimdienste und die NATO in Bezug auf Russland seit Jahren systematisch angewendet, um den russischen Präsidenten vor den Augen der Öffentlichkeit als den Bösewicht Nummer 1 und eine grosse Bedrohung für den Westen erscheinen zu lassen.

Die Liste von Zwischenfällen und Intrigen, bei denen der Kremlchef laut der westlichen Propaganda als böser Drahtzieher die Hände im Spiel gehabt haben soll, ist sehr lang. Darin eingeschlossen sind unter anderem der Brexit, die Skripal-Affäre, die Trump-Wahl, die entsprechende Manipulation der öffentlichen Meinung zu politischen Zwecken durch die sozialen Medien mit dem Einsatz von «Trolls» sowie Hacker-Attacken gegen verschiedene Einrichtungen, Firmen und Behörden in der EU und den USA, die Finanzierung rechtsextremer Parteien in Europa, die Ermordung einer ganzen Zahl von kritischen Journalisten und politischen Gegnern in Russland und zuletzt auch die Vergiftung des Dissidenten Alexej Nawalny, die übrigens, aufgrund dessen, was von den Plejaren entdeckt wurde, von jemandem aus seinem eigenen Kreis erdacht und verübt wurde, vermutlich im Einvernehmen mit irgendwelchen Geheimdienstleuten aus dem Westen. Dazu ein Auszug aus den plejarischen Kontaktberichten:

Auszug aus dem 807. plejarischen Kontaktbericht vom 6. Juni 2022, 15.41 Uhr

Bermunda *Erst will ich das ansprechen, was du schon vor längerer Zeit Ptaah ersucht hast herauszufinden, was tatsächlich die Wahrheit bezüglich des Giftanschlages auf den Russen Nawalny ist. Das haben wir nun erst vor 2 Tagen ergründen können. Dazu ist folglich zu sagen, dass die Giftdarreichung aus den internen Reihen des Mannes erfolgte, und zwar ...*

Billy *Aha, anderseitig wäre er meines Erachtens nämlich einfach erschossen worden, wenn ...*

Bermunda *Das ist anzunehmen, denn dies wäre effizienter gewesen und zudem ...*

Es ist nicht von der Hand zu weisen, dass Putin auf widersprüchliche Art und Weise vorgeworfen wird, alle erdenklichen und obskuren Verschwörungen gegen die EU, die USA und die NATO zu schmieden und zwar gerade von denen, die sich die ganze Zeit durch ihnen hörige Medien und Journalisten, bzw. propagandistische Lakaien bemühen, den Bürgerinnen und Bürgern immer wieder klarzustellen und einzutrichtern, es gebe überhaupt keine Verschwörungen, geheime Absprachen und Intrigen seitens der Regierenden der westlichen Staaten und es sei völlig auszuschliessen, dass es solche jemals geben werde, da in den westlichen Staaten, die sie als Demokratien verkaufen, im Unterschied zu allen anderen Staaten der Erde, alles Politische und Regierungsmässige transparent sei, d.h. vor den Augen der Bürger verlaufe sowie unter deren Kontrolle stehe als wären diese total durchsichtige Glashäuser. Dieses naive und täuschende Narrativ wird dann von vielen Zuhörern, Zuschauern und Lesern geglaubt, die keine blasse Ahnung davon haben, was Demokratie wahrheitlich heisst, wie sie effektiv zu verwirklichen ist und wie sie auf anderen Planeten und bei fremden Zivilisationen im Universum seit tausenden von Jahren konkret praktiziert wird. Auf der Erde existieren wohl verschiedene politische Systeme, doch diese haben allesamt mit Demokratie gar nichts zu tun, mit der einzigen Ausnahme der Schweiz, die aber auch nur eine Teildemokratie ist. Bei den westlichen Staaten handelt es sich um repräsentative Verfassungssysteme oligarchischer Art, die man auch als korrupte Mehrparteindiktaturen bezeichnen kann, wobei alle 4 oder 5 Jahre ein immer geringer werdender Teil der Bevölkerung Parlamentarier wählt, welche einmal gewählt, in der Regel nur noch ihre eigenen Interessen oder die der eigenen Partei oder innerparteilichen Gruppierung sowie jene bestimmter nationaler oder internationaler Lobbys, Finanz- und Machtzentren (wie etwa die NATO, die Bilderberg-Gruppe, usw.) offizieller oder geheimer Art, verfolgen, so, dass sie den Willen des Volkes oder zumindest dessen Mehrheit überhaupt nicht vertreten, sondern ihn ständig verraten und mit Füßen treten. Das Volk hat nicht einmal die Macht, volksverräterische, korrupte, unfähige und kriegstreibende Regierende ihres Amtes zu entheben. Wenn dann Kriege ausbrechen, ist es in der Regel so, dass Politiker und Staatsmächtige ihre Mitbürger ohne Bedenken als Soldaten, d.h. als Kanonenfutter, an die Front schicken, während sie zuhause in ihren prächtigen Regierungspalästen und schönen Wohnungen in Sicherheit bleiben sowie in ihrer Komfortzone dem Luxus frönen und von ihrer bequemen Position aus inhaltsleere Hetzparolen und verlogene Slogans von sich geben, die vor Rhetorik, Primitivität und Dummheit strotzen, an die aber oft nicht einmal sie selbst glauben. Und wenn die Bomben im eigenen Land zu fallen beginnen, verschanzen sie sich ängstlich in ihren Bunkern und hetzen vor laufenden Kameras das Volk auf Teufel komm raus weiter zum harten Kampf gegen den Feind auf, egal wie viele Menschenleben es kostet, denn sie sind zu feige, um auf das Schlachtfeld zu ziehen, an der Kriegsfront neben ihren Mitbürgern zu kämpfen und ihr Leben zu riskieren.

Was den zur Stigmatisierung, Diskreditierung und Verteufelung Andersdenkender dienlichen Kampfbegriff «Verschwörungstheorie» sowie dessen obsessive und systematische Benutzung durch selbsternannte Faktenüberprüfer und Mediengurus überhaupt betrifft, ist es interessant, die Entstehungsgeschichte dieser so gerne benutzen rhetorischen und disqualifizierenden Formulierung in Kürze zu rekonstruieren. Das Ganze ist auf die Kennedy-Ermordung und die darauffolgenden geheimdienstlichen Machenschaften im Bereich der psychologischen Kriegsführung zurückzuführen. Der Zweck war, die Drahtzieher zu vertuschen, um die diejenigen, die die Wahrheit aufdecken wollten und deshalb die offizielle Regierungsversion des Einzeltäters in Frage stellten, zu diskreditieren und somit die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit von den sogenannten alternativen Erklärungen abzulenken, die aus Indizien, Materialien und Fakten bestanden, welche durch die offizielle Warren-Untersuchungskommission des US-Kongresses ignoriert worden waren. Nachdem der mutige Staatsanwalt Jim Garrison im Rahmen des ersten Strafverfahrens zum Kennedy-Mord Ermittlungen über die CIA-Verbindungen einiger Kontaktpersonen des Attentäters eingeleitet hatte, hat sich herausgestellt, dass im April 1967 von der Abteilung für psychologische Kriegsführung der CIA (PW/CS, also «Psychological Warfare/Clandestine Services») ein Memorandum an alle CIA-Stationen des Landes gesendet wurde. (Es handelt dabei sich um das Dokument Nr. 1035–960). Darin wurden sie angewiesen wie mit denjenigen,

die die offizielle Version des Attentats anzweifeln und kritisierten, umzugehen sei und dazu wurde die bis anhin geläufige Bezeichnung «Assassination Theories» (Mordtheorien) durch den Begriff «Conspiracy-Theories» (Verschwörungstheorien) ersetzt und diesem eine ausdrücklich negative Konnotation verliehen, so dass daraus ein Kampfbegriff gemacht, d.h. ein Begriff in Umlauf gebracht wurde, der dazu diente, diejenigen, die sich irgendwelchen offiziellen, von der Regierung und den Mainstream-Medien propagierten Erklärungen und Versionen nicht anpassten und ihnen gegenüber kritisch waren, mit einem Label zu stigmatisieren, das signalisiert, dass es sich dabei um Spinner, Querdenker und Narren, nämlich irrationale, wirre, paranoide, extravagante, unseriöse und unglaubliche Menschen handelt, deren Behauptungen und Thesen deswegen ignoriert und aus dem öffentlichen Diskurs ausgeschlossen, d.h. tabuisiert werden sollen. Dazu muss jedoch gesagt werden, dass es selbstverständlich solche Menschen und die von ihnen nicht selten aus Profitgründen und Renommiersucht erfundenen, auf imaginären Verschwörungen beruhenden, völlig absurden Theorien gibt. Das soll aber nicht heissen, dass es deswegen keine echten, wirklich stattgefundenen Verschwörungen gegeben hat, gibt und geben wird. Das eine schliesst das andere nicht aus, denn Geheimhaltung und Intrigen waren seit alters her und sind immer noch an der Tagesordnung in der Menschheitsgeschichte, insbesondere in der Innen- und Aussenpolitik. Das zur Kenntnis zu nehmen, aufzudecken sowie an den Pranger zu stellen und es den Menschen mitzuteilen, damit sie sich dessen bewusst werden, wie die Plejaren und BEAM es tun, heisst doch überhaupt nicht, eine paranoide Haltung und Mentalität zu haben und unseriös zu sein. Die Tatsache, dass diejenigen, welche Verschwörungen und Intrigen schmieden oft paranoide und psychopathische Menschen sind, schliesst aus, dass auch jene, welche sich aufgrund ihrer Liebe zur Wahrheit damit beschäftigen, das Ganze aufzuklären und der Öffentlichkeit zu enthüllen, ebenfalls dazu gehören, d.h. dass sie nicht im gleichen Spital krank sind. Dazu passt das Sprichwort: «Wenn ein weiser Mann auf den Mond zeigt, dann schaut nur der Dummkopf auf den Zeigefinger.»

Die mit Billy Meier seit mehreren Jahrzehnten in Kontakt stehenden Menschen von den Plejaren sind aufgrund objektiver Analysen und nicht von Vorurteilen und unvernünftiger Parteiergreifung – so wie es bei den meisten Erdenmenschen geschieht, wenn sie etwas oder jemanden einschätzen – zur Einsicht gekommen, dass die Staatsmächtigen der Weststaaten in Bezug auf den aktuell laufenden Krieg in der Ukraine völlig falsche Entscheidungen treffen, die verheerende und noch nie gesehene Folgen haben könnten, die sie sich aufgrund ihrer gravierenden Unfähigkeit zu denken, und die Konsequenzen der eigenen Handlungen und Entscheidungen vorauszuberechnen nicht einmal ahnungsmässig vorstellen können, weil sie das universelle Gesetz von Ursache und Wirkung, das man irgendwie mit einer Pendelbewegung von Aktionen und Reaktionen vergleichen kann, nicht erkennen und sich wie kleine Kinder so verhalten, als könne man dieses überall im Universum und ewig geltende Naturgesetz austricksen, d.h. dass sie in schwerer Form von einem Mangel an Wirklichkeitserkenntnisfähigkeit betroffen sind und deshalb überhaupt nicht auf der Höhe ihres verantwortungsschweren Amtes sind.

Besonders interessant ist folgende Analyse des Plejaren Quinto – der unter anderem Experte für irdische Politik ist d.h., dass er sich in seinen eigenen Worten mit der «Beobachtung und Beurteilung politischer Bewegungen und Machenschaften sämtlicher Domänen aller Staaten» beschäftigt –, der amerikanischen Staatsmächts- und Gesellschaftsstruktur, deren Entstehung und das ausbeuterische, hegemoniale sowie Unruhe und Unfrieden stiftende Verhältnis der US-Regierungen zu anderen Staaten und Ländern der Erde.

Auszug aus dem 706. plejarischen Kontaktbericht vom 4. April 2018, 21.41 Uhr

Quinto Die Vereinigten Staaten von Amerika und die Europäische Union verkünden sich als Demokratien, wobei diese behauptende Eigendarstellung jedoch nicht wahrheitsgemäss bewertet werden darf, weil diese auf einer volksbetörenden, volksverummenden und die Wahrheit verschleiernenden Lüge aufgebaut ist. Tatsache und Wahrheit sind, dass beide Staatsgebilde, sowohl die Vereinigten Staaten von Amerika als auch die Europäische Union, je einer hinterhältigen Diktatur entsprechen. Alle Staatsbeamten jedes Ressorts handeln selbstherrlich und ausserhalb des Willens jenes Teils der verstandesklar und vernünftig entscheidenden und bedacht handelnden Bevölkerungen, der nach Frieden, Gleichheit für alle, wie aber auch nach Gerechtigkeit und wirklicher Freiheit, nach einer gerechten Staatsführung, Staatsverantwortung und deren Wahrnehmung sowie nach wirklicher Demokratie und danach strebt, dass nicht die Staatsgewaltigen allein, deren Berater, Mitläufer, die Militärführer, Geheimdienste, wie auch die Wirtschaftsmagnaten, sondern einzig das Volk entscheidet und bestimmt. (...) Wenn ich nun aber das zu erklären habe, was hinsichtlich der Vereinigten Staaten von Amerika, deren Aussenpolitik und deren wirklichem vielseitigen Bestreben gesagt werden muss, dann ergibt das ein sehr unerfreuliches Bild, das den Eindruck erwecken könnte, dass damit das gesamte US-amerikanische Volk verleumdet, gebrandmarkt und verraten werden, oder mit anderen Worten angeschwärzt, verunglimpft, schlechtgemacht, blossgestellt und entehrt werden soll. Das aber entspricht ebenso nicht dem Sinn und der Wahrheit meiner Darlegungen, wie auch nicht, dass damit Hass gegen das US-amerikanische Volk entstehen soll. Die Wahrheit meiner Erklärungen bezieht sich einzig, und wirklich einzig nur darauf, dass die ganze unerfreuliche und negative Bewertung der Gesinnung des gesamten US-amerikanischen Regierungssystems angesprochen wird, in das die Staatsführenden, deren Beratende, die Lobbyisten und die gesamte Politik, die Geheimdienste und Wirtschaft, das Religionsgebaren und die Militärmacht einbezogen sind, wie aber auch jener Teil des US-Volkes, dessen Gesinnung gleichermassen mit dem konform läuft, was dem ganzen Strebens-, Führungs-, Finanz- und Machtgebaren der US-amerikanischen Staatsführung und den damit verbundenen Mächten aller Ressorts entspricht. Die US-amerikanische Bevölkerung resp. die Menschen werden mit meinen Ausführungen, Darlegungen und Erklärungen also nicht angegriffen, sondern es werden nur die Gesinnungen und die Ausführungen und das Begehen falscher Handlungen, Taten und Verhaltensweisen genannt, die in Intrigen, Täuschungen, Hinterlistigkeiten und verbrecherischen Manipulationen und Verschwörungen fundieren, die bis hin zu Folter, Mord und Krieg

führen. Dies, weil regierungsseits mit dem ganzen Apparat aller Machtressorts friedens-, freiheits-, gerechtigkeits- und ordnungs-, völkerrechts- sowie menschenrechts- und gesetzwidrig kriminell, freventlich, sträflich, widerrechtlich und niederträchtig geplant und gehandelt wird. (...)

Die USA halten alle unter ihrer dominierenden Aufsicht stehenden regionalen Staaten der Erde unter strenger Kontrolle, wodurch diese sich nicht weiterentwickeln, nicht höherstreben und nicht über sich selbst bestimmen können, sondern so gut wie Abhängige und Vasallen der USA sind, die sich als einzige Weltmacht wännen und dieserart mit allen ihren unlauteren Unterwanderungen bestehen wollen. Aus diesem Grund wollen die USA keinen Frieden, sondern hassen ihn und tun alles, um alle von ihnen beherrschten Staaten immer mit den gleichen Unterdrückungsmitteln niederzudrücken und selbst-handlungsfähig klein zu halten. Die USA greifen intervenierend und aktiv in die Angelegenheiten der unter ihrer Kontrolle stehenden anderen Staaten ein, und zwar sowohl politisch, finanziell wie auch militärisch, geheimdienstlich, wirtschaftlich und gar religiös, wenn dies notwendig und nutzbringend erscheint, wie sie sich aber auch allorts in fremde Problematiken und Verhältnisse einmischen, die sie nichts angehen. Dabei werden sie jedoch von steter Angst gequält, dass ihnen durch andere Staaten, und zwar speziell durch Russland und China, politisch, militärisch, geheimdienstlich, diplomatisch und wirtschaftlich schädliche Konkurrenz erwachse, wie aber auch, dass gewisse Regierungsmächtige anderer Staaten – wie besonders Russland – Bemühungen hinsichtlich eines Weltfriedens unternehmen und auch andere Staaten dafür animieren könnten. Diese kümmerliche Angst, Bangnis und Bedrohungsfurcht der US-amerikanischen Regierenden, Militärs und Geheimdienste existieren – nebst diversen anderen tiefgreifend niedrigen, niveaulosen und inhaltsleeren Beweggründen – ab der Gründung der Vereinigten Staaten von Amerika und veranlassen seit jeher alle Verantwortlichen dazu, jegliche Friedensbemühungen zu hintertreiben, die in zahlreichen Staaten auf der Erde seit alten Zeiten unternommen wurden und bis heute im 3. Jahrtausend immer wieder einmal neu aufkommen. Seit die Vereinigten Staaten von Amerika bestehen, lassen sie also nicht zu, dass Frieden unter den Erdenvölkern werden kann, denn sie wollen keinen Frieden, sondern hassen ihn, weil sie einerseits Angst davor haben, auf der Erde ihre weitreichend aufgebaute Macht zu verlieren, andererseits aber auch darum, weil sie ihr Weltherrschaftsstreben aufgeben müssten. Von US-amerikanischer Seite aus wird um jeden Preis alles Gewalttätige gegen einen Frieden auf der Erde und hinsichtlich ihrer Weltherrschaftserlangungssucht getan und unternommen. Und dies geschieht in erster Linie nach dem machtgeprägten Willen der Regierungsverantwortlichen, Militärs, Geheimdienste sowie der Wirtschaftsmächtigen, wie aber auch nach dem Willen jenes Bevölkerungsteils, der regierungs-, militär-, geheimdienst- und wirtschaftshörig ist, und zwar absolut gegen den Willen jener Minderheit der Bevölkerung, die mit Verstand und Vernunft nach Frieden und Freiheit strebt und sich auch mit Aufrufen und friedlichen Demonstrationen usw. darum bemüht. Unumstössliche Tatsache ist – weil die USA weder einen weitreichenden noch einen weltumfassenden Frieden und auch keine wahre Freiheit wollen und auch nicht anstreben, sondern die Weltherrschaft an sich reißen wollen –, dass absolut kein Wille dafür besteht, eine tatsächlich wahrheitliche Aufgabe der Kernphysik herbeizuführen, wie auch keine Verantwortung und kein Interesse aufkommen kann bezüglich einer Beendigung hinsichtlich der Weiterentwicklungen noch gefährlicherer und zerstörenderer sowie letztendlich alles total vernichtender Kernwaffen. Also erfolgen auch keine Bemühungen für eine atomare Abrüstung, um die Erde in ehrlicher und vernünftiger Zusammenarbeit mit allen anderen Atommächten von dieser weltexistenzbedrohenden Angst- und Vernichtungsgeißel zu befreien, die durch die USA erschaffen und ruchlos sowie verbrecherisch in Hiroshima und Nagasaki zur Anwendung gebracht und seither stetig weiterentwickelt und bis zur heutigen Zeit zur Planetenzerstörungs- und Menschheitsausrottungsgefahr wurde. Dies, während auch im eigenen Land frevlerisch und verwerflich Verbrechen an der unwissenden eigenen Bevölkerung begangen wurden, indem eigene Militärs, Schauspieler, Internierte und Privatpersonen usw. in Gebiete beordert, eingelassen und bewusst strahlenverseucht wurden, indem sie atomaren Experimenten mit Atombombenversuchen ausgesetzt und strahlenverseucht wurden. Natürlich konnte es nicht ausbleiben, dass durch Spionage und Wissenschaftler auch andere Staaten die Atomforschung aufgriffen und Nuklearwaffen diverser Arten entwickelten, wodurch weitere Atom-mächte entstanden und damit auch die Gefahr eines alleszerstörenden und allesvernichtenden Atomkrieges. Und diese Gefahr hat sich erhalten bis auf den heutigen Tag, und sie ist gar durch die neuen Feindlichkeiten der Vereinigten Staaten von Amerika und der Diktatur der Europäischen Union sowie diversen Anhängern dieser beiden Diktaturen wieder neu aufgeflammt, und zwar infolge der hassvollen und feindlichen Machenschaften gegen Russland. Die heutige Drohung und Gefahr eines Kernwaffeneinsatzes und damit eines Atomkrieges, ausgelöst durch die Atom-mächte bei kriegerischen Auseinandersetzungen, wie aber auch durch extreme Terror-organisationen, die im Besitz von Kernwaffen sind, ist trotz der teilweisen Atomwaffen-abrüstung sehr gross. Bei allen Atom-mächten existieren zudem immer noch mehr Kernwaffen als offiziell zugegeben wird, wobei nicht einmal diese grössere Anzahl nuklearer Waffen erforderlich wäre, um die Erde derart zu zerstören und gar zu vernichten, dass auf dem Planeten alles Leben vernichtet würde und keines mehr existieren könnte. Allein schon ein geringer Teil des offiziell bekannten und bestehenden Kernwaffenarsenals der grössten Atom-mächte würde dafür vollkommen genügen. Doch um weiter bei den Vereinigten Staaten von Amerika zu bleiben, von denen ich bezüglich deiner Fragen spreche, ist zu sagen, dass allein angesichts aller bisher genannten Tatsachen festzustellen ist, dass sich die Friedensfeindlichkeit und der Hass gegen den Frieden sowie die dauerhafte Weltherrschaftssucht der Herrschenden der USA und deren Befürwortenden aus der Bevölkerung noch weit in die Zukunft hineinragen werden. Der verantwortungslos machtausübende Teil der Staats-führenden, wie auch deren unfähige Berater, Geheimdienste und Wirtschaftsgewaltigen usw., wie aber auch jener Teil der machtbesessenen und kriegslüsternen Elemente der Militärverantwortlichen und Militärbesessenen aus der Bevölkerung der Vereinigten Staaten von Amerika, verharren im gleichen Wahn, wie das schon zu frühen Zeiten der Entstehung dieses Viel-staatengebildes der Fall war. Schon damals begingen viele Gesetzlose schwere Verbrechen, wie ebenso viele Staatsverant-wortliche verbrecherisch handelten, weil sie ebenso bescholten, gewissenlos und verbrecherischen Sinnes waren, wie viele

ihrer Nachfolger bis in die heutige Zeit. Schon zur frühen Zeit übten die Herrschenden in den USA ihre Macht aus und missbrauchten das Vertrauen gegenüber jenem Teil der Bevölkerung, der geradlinig, tüchtig und unbescholten war, wie das auch zur heutigen Zeit immer noch der Fall ist, wie es sich aber darüber hinaus auch noch weit in die Zukunft ergeben wird – auch in undemokratischen anderen Staaten der Erde. (...)

WAS IN DEN WOCHEN VOR DEM KRIEGSAUSBRUCH GESCHEHEN IST

Entgegen der durch westliche Medien und Politiker propagierten «Faktenversion», die darauf besteht, dass die russische Seite den Krieg schon lange geplant habe und zu keinen Kompromissen bereit gewesen sei, kommt man, wenn der Verlauf der Ereignisse, die zum Krieg geführt haben sowie das Verhalten der Protagonisten dieses Prozesses objektiv und ohne Vorurteile genau unter die Lupe genommen werden, zum Schluss, dass es durchaus möglich war, den Ausbruch des aktuellen Ukraine-Krieges zu vermeiden, und zwar durch eine faire Vereinbarung zwischen Russland und dem NATO-Block sowie zwischen Russland und der Ukraine, die den Sicherheits- und Garantieforderungen Russlands in Bezug auf die Stationierung von NATO-Raketeneinrichtungen in den Ländern Osteuropas zu verzichten. Das vom Regierungschef der Ukraine beanspruchte Ziel – das sogar in der ukrainischen Verfassung festgelegt wurde –, die Mitgliedschaft in der NATO zu beantragen, stand wegen der arroganten Weigerung US- Amerikas und der NATO-Führung mit der russischen Seite auch nur darüber zu sprechen, niemals zur Diskussion und auf dem Verhandlungstisch, obwohl gerade das der wichtigste zu besprechende Punkt und die zu lösende Kernfrage zum Frieden gewesen wäre, wie die chinesische Regierung signalisiert hat. In den vergangenen Jahren wurde von europäischer Seite, insbesondere von Deutschland und Frankreich, die bei den in Minsk unterzeichneten Abkommen zwischen Russland und Ukraine als Garanten fungierten, auch nichts Ernstes unternommen, um beide Streitparteien auf diplomatischen Wegen nachhaltig aufzufordern, sich verbindlich einzusetzen, um die Minsker-Abkommen wirklich und effektiv zu respektieren, beizubehalten und vor allen Dingen in die Tat umzusetzen, was der einzig gangbare Weg war um den Krieg abzuwenden. Es ist jedem, der sich ernsthaft, unparteiisch und objektiv mit dem Donbass-Konflikt, bzw. dem Bürgerkrieg in der Ukraine beschäftigt hat, bekannt, dass die Minsker-Friedensabkommen, die für die Donbass-Region einen Autonomiestatus garantieren sollten, tatsächlich niemals umgesetzt wurden. Der Widerstand dagegen erfolgte auf ukrainischer Seite aus innenpolitischen Gründen, Interessen, politischem Kalkül und Befürchtungen in Bezug auf Rebellionen seitens der Nationalisten und Rechtsextremistengruppierungen sowie auch durch einen starken Druck von aussen (vermutlich durch die US-Regierung und osteuropäische Länder wie Polen und den baltischen Staaten, die daran interessiert waren, einer friedlichen Lösung des ukrainischen Bürgerkrieges entgegenzuwirken, um Russland beschuldigen zu können und es auf diplomatischer Ebene zu schwächen und es wegen seiner militärischen Unterstützung der Donbass-Separatisten und der Krimannexion zu sanktionieren), der besonders gross war, wie sowohl öffentlich als auch bei internen zwischenstaatlichen Gesprächen von ehemaligen ukrainischen Präsidenten und Regierungsverantwortlichen zugegeben worden ist. Dazu genügt es, daran zu erinnern, dass der aktuelle Präsident der Ukraine bei seinem Wahlkampf im Jahre 2019 versprach, dass er, falls er gewählt werde, sich ernsthaft bemühen würde, die Minsker-Abkommen endlich zu implementieren, auch wenn das eine mutige Kompromissbereitschaft erfordern würde, weil gegenüber Russland und den Donbass-Separatisten einige Zugeständnisse notwendig sein würden. Ob dieses Versprechen eingehalten wurde, darauf braucht man nicht einzugehen, da die Antwort vor aller Augen ist.

Ausserdem wurden auch unmittelbar vor dem Kriegsausbruch friedliche Lösungsvorschläge gemacht, d.h. in der ersten Hälfte des Monats Februar dieses Jahres, sowohl vom unentschlossenen und leicht beeinflussbaren deutschen Bundeskanzler im Rahmen der jährlichen Münchner Sicherheitskonferenz – die jedoch vom ukrainischen Präsidenten nicht akzeptiert wurden –, als auch vom französischen Präsidenten bei seinem Besuch in Kiew, wobei der ukrainischen Seite ein Friedensplan nahegelegt wurde, der zuerst zumindest teilweise angenommen, aber am darauffolgenden Tag vom ukrainischen Präsidenten widersprüchlich und auf scheinbar unerklärliche Art und Weise verworfen wurde.

Eine nicht zu leugnende Tatsache ist, dass alle Friedensbemühungen und -vorschläge von deutscher und französischer Seite sowie der von russischer Seite vorgeschlagene Friedensplan, welche diesen Krieg hätten vermeiden können – was den geheimen Plänen der amerikanischen Schattenregierung im Wege stand – durch die ukrainische Seite verworfen wurden. Mit Sicherheit haben irgendwelche Vertreter der offiziellen US-Regierung oder andere Emissäre den ukrainischen Präsidenten aufgrund ihrer genauen Kenntnisse seiner Persönlichkeit und Anliegen beeinflusst, so dass er aus ihnen bekannten Machtansprüche, Ambitionen und persönlichen Interessen nach ihrer Pfeife tanzt und somit einen wichtigen Beitrag zur Verwirklichung des geheimen Planes der US-Schattenregierung leistet, wonach infolge des zynisch provozierten und in Kauf genommenen Einmarsches russischer Truppe in die Ukraine, d.h. durch den herbeizuführenden Ausbruch des Ukraine-Krieges, versucht wird Russland endgültig zu besiegen.

Aufgrund dessen, was die Zeitung «Wall Street Journal» am 1.4.2022 berichtete, hatte der amtierende deutsche Bundeskanzler während der Münchner Sicherheitskonferenz dem ukrainischen Präsidenten fünf Tage vor dem russischen Überfall, nämlich am 19. Februar, vorgeschlagen, öffentlich, d.h. offiziell zu erklären, dass er darauf verzichte, eine NATO-Mitgliedschaft zu beantragen und bereit sei, die Neutralität seines Landes im Rahmen einer umfassenden Vereinbarung zur Sicherheit Europas und der Ukraine zu befürworten, um den drohenden Krieg abzuwenden, doch soll dieser den Vorschlag abgelehnt haben. Die vorgeschlagene Vereinbarung hätte von den Präsidenten der USA und Russlands unterzeichnet werden sollen. Der ukrainische Staatspräsident soll seine Ablehnung damit begründet haben, «es sei nicht glaubwürdig, dass Putin sich an

eine solche Vereinbarung halten würde» und «die Mehrheit der ukrainischen Bevölkerung befürworte einen NATO-Betritt». Die amerikanische Zeitung kommentierte, dass «solche Antworten die deutschen Regierungsbeamten befürchten liess, dass die Friedenschancen im Schwinden begriffen waren». Im gleichen Zeitungsartikel wurde auch die Rolle der CIA bei der Vorbereitung der ukrainischen Regierung auf den russischen Überfall rekonstruiert. Es stellte sich heraus, dass der CIA-Chef im Januar 2022 nach Kiew gereist war, um den ukrainischen Präsidenten angeblich über die Kriegspläne des Kremls zu benachrichtigen und ihm dadurch zu ermöglichen, eine Gegenoffensive vorzubereiten. Und er soll in den Monaten vor dem Kriegsausbruch zwei Geheimmissionen durchgeführt haben: Die erste im November 2021 in Moskau, um Putin die Botschaft zu übermitteln, der Westen würde mit harten Sanktionen reagieren, wenn er das Nachbarland angreifen würde und die zweite in Kiew, um dem ukrainischen Präsidenten wichtige Informationen bezüglich der ersten Kriegstage zu überbringen, die darauf abzielten, einen möglichen Blitzangriff auf den Flughafen der Hauptstadt abzuwenden. Dabei soll er erklärt haben, Putin habe einen von Weissrussland aus startenden und auf Kiew gerichteten blitzkriegartigen Angriff geplant, um den Flughafen zu erobern und durch den Einsatz von Fallschirmjägern die Kontrolle über die Hauptstadt zu gewinnen, mit dem Ziel die Regierung zu stürzen.

In seiner Antwort auf die ihm vom CIA-Direktor durch eine verschlüsselte Verbindung übermittelte Botschaft, soll der Kremlchef jeglichen Verdacht auf eine geplante Invasion zurückgewiesen und die USA dafür kritisiert haben, dass sie die russischen Sicherheitsforderungen jahrelang ignoriert haben – berichtete die erwähnte Zeitung.

Der russische Präsident hatte in den vergangenen Jahren und Monaten mehrfach signalisiert, dass die NATO-Mitgliedschaft der Ukraine und die konsequente Installation von NATO- und US-Militäreinrichtungen inklusive Raketenabschussystemen nahe den russischen Westgrenzen eine nicht zu überschreitende «Rote Linie» darstelle.

Trotzdem wurde diese «Rote Linie» dann aber doch überschritten, denn der friedensfördernde Weg der Dezentralisierung des ukrainischen Staates im Sinne einer föderalen Staatsverfassung und der damit einhergehenden Autonomie für die Donbass-Region nach dem Modell Südtirols sowie dem Minderheitenschutz bezüglich der russisch ethnischen und sprachlichen Bevölkerung der Ukraine und vor allem der bündnispolitischen Neutralität der Ukraine im Rahmen eines umfassenden Sicherheitsabkommens zwischen NATO, EU und Russland wurde nicht eingeschlagen.

Putin war im April 2008 auf dem NATO-Gipfel in Bukarest als Gast eingeladen worden, als angekündigt wurde, dass die Ukraine und Georgien der NATO beitreten sollten. Seine wiederholten Warnungen vor den gefährlichen Konsequenzen dieses rücksichtslosen Vorhabens stiessen in Washington auf taube Ohren, da die USA und ihre Verbündeten wahrscheinlich der Meinung waren, dass Russland nicht in der Lage sein würde, einer weiteren NATO-Erweiterung Einhalt zu gebieten, wie es auch beim früheren NATO-Erweiterungsprozess von 1999 bis 2004 der Fall war. Diese These vertritt auch der renommierte US-Politologe John J. Mearsheimer. Er bemerkte zu Recht in einem Artikel aus dem Jahre 2014 (mit dem Titel «Why the Ukraine Crisis Is the West's Fault», nämlich «Warum der Westen an der Ukraine-Krise schuld ist»), dass Grossmächte besonders dann irritiert werden, wenn sie eine potentielle Bedrohung in der Nähe ihrer Grenzen wahrnehmen. Wenn z.B. irgendein Staat, der kein Verbündeter der USA und nicht Mitglied der NATO ist, Militäreinrichtungen und Soldaten nahe den Grenzen der Vereinigten Staaten, etwa in Kanada, Mexiko oder in der Karibik, stationieren würde, oder ein Nachbarstaat der USA einem feindlichen oder fremden Militärbündnis beitreten würde, wie würden die USA reagieren? Ganz bestimmt nicht friedlich, wie die seit 1823 bestehende Monroe-Doktrin besagt, dass nämlich die USA keine militärische Präsenz europäischer bzw. fremder (im Sinne von einem anderen Kontinent angehörender) Staaten auf dem gesamten amerikanischen Kontinent (also von Alaska bis Feuerland) dulden.

Schlimmer noch, als in den Monaten und Wochen vor dem Krieg tausende russische Panzer und hunderttausende Soldaten nahe der ukrainischen Grenze stationiert wurden, hat sich die US-Regierung dafür eingesetzt, einen zermürbenden Informations- und Nervenkrieg vom Stapel zu lassen und immer weiterzuführen, der bezweckte, den russischen Staatspräsidenten so weit zu bringen, dass er endlich die Geduld verlor und somit keinen anderen Weg aus der Krise mehr sah als eben den Kriegsgang, der als solcher immer der falsche Weg ist und sein wird.

Auch nach dem Kriegsausbruch wurde und wird dieser Nervenkrieg immer noch perfide fortgeführt, indem von offizieller NATO- und US-Seite behauptet wurde und wird, Russland sei bereit, chemische und sogar Atomwaffen einzusetzen, damit das früher oder später, wie es bei einer selbsterfüllenden Prophetie der Fall ist, tatsächlich geschehen kann, so dass der angestrebte Plan der Dunkelregierung in Erfüllung geht, im ukrainischen Konflikt einen Vorwand zum direkten Kriegseinzug der NATO gegen Russland zu haben, was unweigerlich den Dritten/Vierten Weltkrieg ausbrechen lassen wird. Leider haben die verstandes- und vernunftsmässig unterbemittelten, amerikafreundlichen EU-Staatsmächtigen nicht verstanden, wohin das Ganze führen soll, und falls sie es jemals kapierten sollten wird es zu spät sein. Der zu zahlende horrend hohe Preis für ihre haarsträubende, grenzlose Dummheit wird die noch nie dagewesene Zerstörung weiter Teile des europäischen Kontinents sein. Albert Einstein soll einmal folgenden Spruch gesagt haben: «Zwei Dinge sind unendlich, das Universum und die menschliche Dummheit, aber beim Universum bin ich mir noch nicht ganz sicher.»

Was die Kontakte und Gespräche zwischen den europäischen Regierungschefs und dem russischen Staatspräsidenten angeht, die unmittelbar vor Kriegsbeginn stattgefunden haben, ist erwähnenswert, was die französische Tageszeitung «Le Figaro» über die Besuche des Präsidenten Emmanuel Macron in Moskau und Kiew berichtet hat. Am 9.2.2022 war in der genannten Zeitung zu lesen, dass laut Angaben aus dem Elysee-Palast (dem Sitz der französischen Staatspräsidentschaft) «der ukrainische Präsident bei seinem Gespräch mit Macron sein Engagement bekräftigt habe, die Minsker-Abkommen umzusetzen». Trotzdem berichteten in den darauffolgenden Tagen viele Zeitungen in verschiedenen Ländern, dass die von Macron befürwortete Implementierung der Minsker-Abkommen und die dementsprechende Aufforderung seinerseits

gegenüber dem ukrainischen Präsidenten Unbehagen in Kiewer Regierungskreisen ausgelöst und der ukrainische Staatspräsident bei seinem Treffen mit Macron in auffallender Weise ein erneutes Engagement zur vollen Umsetzung des Minsker-Abkommen abgelehnt habe. Dagegen hatte der französische Präsident bei der gemeinsam mit seinem ukrainischen Amtskollegen gehaltenen Pressekonferenz am 8.2.2022 in Kiew angekündigt, die Staatsoberhäupter von Russland und der Ukraine hätten sich dafür eingesetzt, die Minsker-Abkommen einzuhalten und er behauptete mit Genugtuung: «Es gibt jetzt die Möglichkeit, die Verhandlungen weiterzuführen.» In seiner Rede bei der gemeinsamen Pressekonferenz zitierte der ukrainische Präsident die Minsker-Abkommen überhaupt nicht. Manche meinen, das sei dadurch zu erklären, dass diese Abkommen im Land äusserst unpopulär sind (ausser in den von der russischen Minderheit bewohnten Regionen). Er sagte nur, er hoffe, dass das geplante Treffen der ukrainischen, russischen, deutschen und französischen Vertreter in Berlin ein Wegweiser sei, um den Friedensprozess wieder zu beleben. Und er fügte hinzu: «Eigentlich traue ich den Worten nicht, sondern ich glaube, dass jeder Politiker transparent sein kann, indem er konkrete Schritte unternimmt.»

Am nächsten Tag erklärte der ukrainische Aussenminister aufgrund eines Berichts der Nachrichtenagentur RIA Novosti, die Kiewer Regierung weigere sich zwar nicht, die Minsker-Abkommen als Lösung für den Konflikt im Donbass einzuhalten, aber unter keinen Bedingungen von Seiten der Russischen Föderation. Dazu sagte er auch: «Der Satz, dass die Minsker-Abkommen umzusetzen sind, ist wie das Gebet «Vater Unser» – alle wiederholen das. Die Frage ist eine andere, nämlich ob die Minsker-Abkommen unter den russischen Bedingungen und aufgrund der russischen Interpretation umgesetzt werden sollen oder so wie sie sind, d.h. in einer Art und Weise, die nicht von den Russen verzerrt ist.» Und er fügte hinzu, dass Macron während seines Besuchs am vorigen Tag «die ukrainische Führung nicht davon überzeugt hatte, die Minsker-Abkommen unter den Moskauer Bedingungen umzusetzen».

Die Stellungnahme des ukrainischen Aussenministers klingt merkwürdig, da die ukrainische Regierung der UN- Sicherheitsrat-Resolution Nr. 2202 vom 17. Februar 2015 zugestimmt hatte, die in der Präambel folgendes besagt:

Der Sicherheitsrat ist, unter Hinweis auf die in der Charta der Vereinten Nationen verankerten Ziele und Grundsätze und in Bekräftigung seiner uneingeschränkten Achtung der Souveränität, der Unabhängigkeit und der territorialen Unversehrtheit der Ukraine, mit dem Ausdruck seiner ernsten Besorgnis über die tragischen Ereignisse und die Gewalt in den östlichen Regionen der Ukraine, in Bekräftigung seiner Resolution 2166 (2014) vom 21. Juli 2014, fest überzeugt, dass die Situation in den östlichen Regionen der Ukraine nur durch eine friedliche Regelung der derzeitigen Krise beigelegt werden kann,

- 1. billigt das Massnahmenpaket für die Umsetzung der Minsker Vereinbarungen, das am 12. Februar 2015 in Minsk angenommen und unterzeichnet wurde (Anlage I);*
- 2. begrüsst die Erklärung des Präsidenten der Russischen Föderation, des Präsidenten der Ukraine, des Präsidenten der Französischen Republik und der Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland zur Unterstützung des Massnahmenpakets für die Umsetzung der Minsker Vereinbarungen, angenommen am 12. Februar 2015 in Minsk (Anlage II), und die darin von ihnen bekundete anhaltende Verpflichtung auf die Umsetzung der Minsker Vereinbarungen;*
- 3. fordert alle Parteien auf, das Massnahmenpaket, einschliesslich der darin vorgesehenen umfassenden Waffenruhe, vollständig umzusetzen;*
- 4. beschliesst, mit der Angelegenheit befasst zu bleiben.*

Auf der 7384. Sitzung einstimmig verabschiedet.

Bei der ganzen Angelegenheit stimmt offensichtlich etwas nicht. Denn entweder haben der deutsche Bundeskanzler und der französische Präsident nicht ganz verstanden, dass ihr Counterpart nicht bereit war, auf das von ihnen befürwortete und angestrebte Engagement in Bezug auf die vollständige Umsetzung der Minsker-Abkommen einzugehen, oder sie sind in die Irre geführt worden, indem ihnen von ihrem Amtskollegen eine scheinbare Umsetzungsbereitschaft signalisiert wurde, obwohl dieser überhaupt nicht beabsichtigte, dem Folge zu leisten, was kurz danach offen zum Vorschein kam und von einigen Zeitungen berichtet wurde.

In Folge des fünf Stunden dauernden Gespräches mit Macron am 7.2.2022 im Kreml, das ein Tag vor der Visite des französischen Staatschefs in Kiew erfolgte, sagte Putin bei der gemeinsamen Pressekonferenz, er halte es für möglich «eine Reihe von Vorschlägen und Ideen [von Macron] in Betracht zu ziehen, um die Eskalation bezüglich der Situation in der Ukraine zu reduzieren, was die Grundlagen für weitere Schritte schaffen könnte.»

Was auch bemerkenswert ist, sind einige Auszüge aus dem weniger als zehn Minuten langen Telefongespräch zwischen Macron und Putin, das vier Tage vor Kriegsbeginn, d.h. am 20. Februar 2022, stattgefunden hat. Diese sind in den französischen Zeitungen Ende Juni veröffentlicht sowie im Fernsehsender France 2 am 30. Juni 2022 gesendet und dann auch von vielen anderen Presseorganen weltweit aufgegriffen worden. Dabei sagte Putin seinem französischen Amtskollegen unter anderem, die Regierung der Ukraine strebe danach, «sich Zugang zur Atomwaffe zu beschaffen», und gleich danach ist der diplomatische Berater von Macron, Emanuelle Bonne, zu hören, der dazu kommentiert: «Aber nein, was sagen Sie da ...» und dann sagte Macron: «Das ist absurd ...». Am Anfang des Telefongesprächs hatte Putin dem ukrainischen Präsidenten vorgeworfen, nichts zu machen, um die Minsker-Abkommen zu beachten. Putins Worte im Originalton: «Du siehst doch selbst was passiert (...). Du und Bundeskanzler Scholz habt mir gesagt, Selensky sei bereit zu einer Geste guten Willens und er habe einen Gesetzentwurf zur Umsetzung der Minsker-Abkommen vorbereitet (...) Aber in Wirklichkeit macht unser lieber Kollege,

Herr Selensky, überhaupt nichts. Er lügt euch an.» Dann wurde über die Vorschläge der Ukraine und die eventuelle Einbeziehung von Vertretern der Regionen von Donezk und Luhansk gesprochen. Der Kremlchef behauptete dazu:

[Bei der ukrainischen Regierung] handelt es sich nicht um eine demokratisch gewählte Regierung. Die sind durch einen Putsch an die Macht gekommen. Hör mir genau zu: Das Dialogprinzip sieht vor, dass man die Interessen der anderen Partei berücksichtigt. Die Vorschläge sind da. Die Separatisten, wie Du sie nennst, haben diese an die ukrainische Regierung übermittelt, aber sie haben keine Antwort dazu bekommen. Wo ist der Dialog?

Um zu verstehen, ob die ukrainische Regierung wirklich und ehrlich beabsichtigt hatte, den Weg des Dialogs und der Umsetzung der 2015 unterzeichneten Minsker-Abkommen sowie des Kompromisses zu begehen, um den drohenden Krieg abzuwenden, oder nicht, ist es angebracht, in Erinnerung zu rufen, dass seit dem 16. Februar 2022, d.h. vor dem russischen Überfall, als die Spannungen zwischen Russland und der Ukraine im Zunehmen waren, intensive Angriffe durch reguläre ukrainische Streitkräfte und paramilitärische Kräfte in den Gebieten der selbstproklamierten Republiken von Luhansk und Donezk durchgeführt und dadurch verschiedene zivile Einrichtungen zerstört oder beschädigt wurden, so, dass mehrere hunderttausend Einwohner vom Donbass nach Russland evakuiert werden mussten. Am 19. Februar wurde die Meldung verbreitet, dass ein Kindergarten in einem Dorf der Region Luhansk infolge von Bombardements nahe der russischen Grenze beschossen wurde. Dort waren 20 Kinder anwesend, die wie durch ein Wunder überlebten. Die Lehrerinnen, von denen einige verletzt wurden, erklärten, der Angriff auf das Schulgebäude sei gezielt gewesen. Die ukrainische Regierung schob die Schuld dafür den prorussischen Separatisten in die Schuhe. Und laut einer Meldung des Sicherheitsministeriums der Donezk-Republik vom 18. Februar 2022, sollten einige Personen nicht ukrainischer Abstammung an Sabotageakten beteiligt gewesen sein. Die mit spezifischen Geräten ausgestatteten fremdsprachigen Saboteure seien von einigen Separatisten-Kämpfern abgefangen worden, als sie um 4.00 Uhr morgens versuchten, bei einer Düngemittel-Kläranlage in Horlivka durch die Sprengung von Chlorgasbehältern einen Unfall zu verursachen. Die Meldung wurde von Seiten der ukrainischen Regierung als Fake News definiert. Ausserdem wurden durch Beobachter der OSZE (Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) am 16. Februar in der Region Donbass 591 Brüche des Waffenstillstandes inklusive 316 Explosionen gemeldet, was eine Zunahme im Vergleich zu den vorhergehenden Tagen war.

Ende Oktober 2021 wurde durch die ukrainische Armee unter Verletzung der Minsker-Friedensabkommen zum ersten Mal seit Anfang des Bürgerkriegs im Donbass ein Angriff mittels Drohneneinsatz durchgeführt, infolgedessen ein Treibstofflager und eine Artilleriestellung unter Beschuss kamen. Auch die deutsche Bundesregierung zeigte sich darüber besorgt und schien diesen Angriff zu missbilligen, obwohl sie in der offiziellen Mitteilung des Auswärtigen Amtes den Einsatz von Kampfdrohnen nach Pilatus-Art beiden Seiten im Konflikt vorwarf und mahnte, dieser «sei laut Friedensvereinbarungen allein der OSZE vorbehalten». Die ukrainische Regierung wies die mahnende Stellungnahme Deutschlands mit Empörung zurück, indem sie durch ihren Botschafter in Berlin betonte, die Bundesregierung hätte sich das lieber sparen sollen, und rief diese stattdessen dazu auf «Moskau in die Schranken zu weisen». Ausserdem wurde der Drohneneinsatz mit «dem Recht auf Selbstverteidigung» gerechtfertigt.

Fest steht jedoch, dass ein unbewaffneter Drohneneinsatz gemäss den in Minsk getroffenen Vereinbarungen ausschliesslich der Beobachtermission der OSZE erlaubt ist. Bereits im April 2021 hatte sie die NATO aufgefordert, den Beitritt ihres Landes ins Militärbündnis voranzutreiben, und zwar mit der Begründung, die NATO sei «der einzige Weg, um den Krieg im Donbass zu beenden» und «ein beschleunigtes Beitrittsverfahren wäre ein echtes Signal an Russland».

Zudem ist es auch so, dass am 21. März 2021 der Staatspräsident der Ukraine das Dekret Nr. 117 erliess, aufgrund dessen er, wie unter anderem die «Berliner Zeitung» berichtete:

(...) die Entscheidung des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrates der Ukraine vom 11. März 2021 («Zur Strategie der Entbesetzung und Wiedereingliederung des vorübergehend besetzten Gebiets der Autonomen Republik Krim und der Stadt Sewastopol») umsetzen will. In dem Dekret wird die Vorbereitung von Massnahmen angekündigt, um «die vorübergehende Besetzung» der Krim und des Donbass zu beenden. Laut der staatlichen ukrainischen Nachrichtenagentur UKRINFORM erhielt die Regierung den Auftrag, einen entsprechenden «Aktionsplan» zu entwickeln.

Im gleichen Zeitungsartikel wurde auch folgendes berichtet:

Russland zieht derzeit Einheiten an den nördlichen und östlichen Grenzen zur Ukraine sowie auf der von Moskau annektierten ukrainischen Halbinsel Krim zusammen. Dies sei eine Reaktion auf «die zunehmenden Aktivitäten von NATO-Staaten auf dem Gebiet der Ukraine», sagte Peskow. Der Kreml-Sprecher hatte bereits am Freitag vor NATO-Aktivitäten in der Ukraine gewarnt: «Zweifelloos würde ein solches Szenario zu weiteren Spannungen in der Nähe der russischen Grenzen führen», sagte Peskow laut Interfax.

Und zuletzt ist da auch zu lesen:

Nach einem Beschluss des ukrainischen Parlaments dürfen sich in diesem Jahr zu Übungszwecken bis zu 2000 US-Soldaten mit schwerem Gerät und Flugzeugen in der Ukraine aufhalten. Die Verfassung verbietet jedoch eine dauerhafte Stationierung.

(Quelle: Berliner Zeitung, Artikeltitel: NATO und Ukraine: «Wir bleiben wachsam», veröffentlicht am 6.4.2021)

Sieht das Ganze also nicht so aus, als wollte man in einer ohnehin hochgespannten Lage noch Öl ins Feuer giessen? Wozu denn? Haben vielleicht die USA, die NATO und die EU die ukrainische Regierung dazu aufgerufen, die ab dem 16. Februar vorgenommenen Kriegshandlungen gegen die eigene russisch ethnische Bevölkerung der Donbass-Region einzustellen und die Minsker-Friedensabkommen zu beachten? Gibt es seitens des Westens Doppelstandards, was die Fragen der Beachtung internationaler Abkommen und der Menschenrechtsverletzungen angeht? Was für eine Wertegemeinschaft ist die westliche Welt, da sie angesichts der vielfachen Menschenrechtsverletzungen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit, d.h. die systematischen Angriffe gegen die Zivilbevölkerung der ostukrainischen Donbass-Region, die gegen das Völkerrecht und die UN-Menschenrechtscharta verstossen, acht Jahre lang beide Augen zugedrückt hat? Anscheinend waren die tausenden Menschenleben unschuldiger und ziviler Personen, die während dieses Zeitraumes im Donbass vernichtet wurden, in den Augen der Weststaaten und ihrer Regierenden nicht viel wert. Hängt das vielleicht davon ab, dass sie ethnisch und/oder sprachlich russisch sind und dass sie mit den Separatisten und Russland sympathisieren?

Als Ende der 1990er Jahre die serbische Regierung in der vorwiegend von Albanern bewohnten Region Kosovo eine ethnische Säuberung in Gang setzte, zogen die grossen EU-Länder und die NATO in den Krieg gegen Serbien, mit der Begründung, die ethnische Minderheit der Kosovo-Albaner schützen zu wollen und als einige Jahre später (am 17. Februar 2008) Kosovo infolge einer Volksabstimmung seine Unabhängigkeit ausrief, wurde dieser auf dem Wahlergebnis basierende Akt von der westlichen Staatengemeinschaft anerkannt und 2010 vom Internationalen Gerichtshof in Den Haag als rechtmässig erklärt, so, dass seither dem Kosovo das Recht zur Selbstbestimmung zugesprochen wurde und er deshalb auf legitime Art und Weise nicht mehr zu Serbien gehört. Warum wurde das gleiche Selbstbestimmungsrecht den Bevölkerungen beider Georgien angehörenden Regionen Abchasien und Südossetien nicht auch zugesprochen, wie es von Russland gefordert wurde? Als die russische Regierung 2008 beide Regionen als unabhängige Staatsgebiete anerkannte, wurde sie vom Westen dem Vorwurf ausgesetzt, separatistische Bestrebungen im Kaukasus zu unterstützen und dem damaligen von den USA unterstützten und als Provokateur agierenden Präsidenten Georgiens wurde sogar nahegelegt, der NATO beizutreten, was dann zum Krieg zwischen Russland und Georgien führte. Und weiter noch: Warum wurde das Ergebnis des 2014 in der Krim abgehaltenen Referendums, d.h. der demokratisch geäusserte Wille der überwiegend russischen Bevölkerung der Krim, Russland anzugehören, auch von den Weststaaten nicht anerkannt, sondern als völkerrechtswidrige Annexion verurteilt und Russland dafür sanktioniert? War das keine völkerrechtlich gültige und regulär abgelaufene Volksabstimmung wie die im Kosovo?

Es ist nicht von der Hand zu weisen, dass in Bezug auf den Russland-Ukraine Krieg von Seiten der offiziellen amerikanischen Regierung und der Schattenregierung genauso gehandelt wird, wie aufgrund einer langen Tradition von Intrigen, verdeckten Operationen, geheimdienstlichen Manövern, Einmischungen in die inneren Angelegenheiten von anderen Ländern und provozierten Kriegen immer vorgegangen wurde, um fremde Länder zugunsten der eigenen Interessen zu destabilisieren und ihre unerwünschten Regierungen zu stürzen (was von den Amis «regime change» genannt wird). Die Lieferung von Waffen an bestimmte Parteien oder Gruppierungen spielt eine wichtige Rolle, dass damit Chaos, Zwiespalt und Bürgerkrieg angezettelt und zur Eskalation geführt werden sollen, mit dem heimlich angestrebten Ziel, einen Machtwechsel zugunsten der US-Politik und -Wirtschaft zustande zu bringen.

Die Erdenmenschheit, die leider meistens aus den kunfähigen, denkfaulen, unkritischen, leichtgläubigen, unbelehrbaren, lernunwilligen, wahrheitsfremden, bewusstseinsmässig unselbständigen und unterentwickelten, wankelmütigen, innerlich gespaltenen, von Gotteswahn glauben befallenen sowie von einer äusserst materialistischen Mentalität geprägten und deswegen leicht beeinflussbaren Individuen besteht, wird wie immer in ihrer Geschichte von den Mächtigen durch Lügen, Propaganda, Meinungslenkung, Verzerrung anderer Meinungen, Zensur, Verbot fremder oder aus feindlichem Lager kommenden Nachrichten, Wort- und Gefühlsmanipulationen, Rhetorik, Verbreitung von Falschmeldungen, kollektive Gehirnwäsche, Erzeugung von Massenhysterie, paranoide Stimmungsmache, Gleichschaltung, Stigmatisierung, Diskreditierung und Diskriminierung Andersdenkender, Hexenjagd in Form von Fakenews-Kontrolle und Fact-Check, Förderung des Konformismus, Hetze, Polarisierung von Meinungen, Spaltung der Gesellschaft, Dämonisierung der Gegenseite, Sündenbocksuche, Hass- und Ärgerverbreitung, Faktenverdrehung, Informationsversäumnisse, künstliche Feindbildkonstruktionen, einseitige Geschichtsdarstellung, Hitlervergleiche, extreme Vereinfachung komplexer Zusammenhänge und Probleme, tendenziöse Berichterstattung, Parteilichkeit, Voreingenommenheit, ständige Wiederholung von Slogans und Phrasen sowie emotionale und schockierende Botschaften und Bilder, Statuierung von Doppelstandards, Angsteinflössung, unterschwellige Suggestion, Obrigkeitshörigkeit, falsche Erwartungen und Versprechen und die Illusion von moralischer, politischer, wirtschaftlicher und militärischer Überlegenheit der eigenen Lager oder Position, getäuscht und zu ihren Zwecken missbraucht.

Was die US-Schattenregierung und deren willfährige Vollstrecker, d.h. die Marionetten der offiziellen US-Regierung, mit jedem heimtückischen Mittel anstreben, ist, den Ukraine-Krieg so weit wie möglich in die Länge zu ziehen und dadurch dessen Eskalation, d.h. seine Intensivierung und Ausdehnung zu erzielen, um den geplanten direkten US- und NATO-Einzug in den Ukraine-Krieg gegen Russland vor der westlichen Öffentlichkeit als unumgänglich, unaufschiebbar und absolut notwen-

dig erscheinen zu lassen und zu rechtfertigen. Und selbstverständlich sei das für die Sicherheit, die Freiheit und den Frieden Europas unabdingbar, wie könnte es auch anders sein, denn das Hollywood-Narrativ der USA als Retter in der Not, Heilsbringer sowie selbstlose Verteidiger und Missionare der Freiheit und Demokratie, d.h. unerbittliche Kämpfer gegen alle Diktaturen und alles Böse auf Erden ist ein Evergreen, ein klassisches Leitmotiv der US-Propaganda.

Alle zweckdienlichen und erdenklichen Taktiken, Provokationen, Tricks und Manöver werden also im Rahmen dieses grossangelegten und subtilen Nerven- und Informationskrieges angewendet, wobei immer wiederholt und den Menschen eingehämmert wird, die russische Staatsführung sei bereit, Atomwaffen oder chemische Waffen im Kriegstheater einzusetzen. Deshalb wäre es überhaupt nicht verwunderlich, wenn im ukrainischen Krieg irgendwann solche unkonventionellen Waffen benutzt würden, um dann der russischen Seite die Schuld dafür zuzuschieben, wie es in den vorigen Monaten bereits mehrmals bei Massakern von Zivilpersonen und Beschüssen von zivilen Einrichtungen der Fall war und ist, die in der Regel propagandistisch ausgeschlachtet werden, um mehr Waffen und härtere Sanktionen gegen den Feind zu fördern.

Es ist verwunderlich wieso es der breiten Masse der westlichen Bevölkerung nicht einleuchtet, dass das Ganze auf den Ausbruch des Dritten, in Wahrheit Vierten Weltkrieges hinausläuft und dass dieser immer näher rückt, bis es keinen Weg zurück mehr geben wird. Diesbezüglich gibt es einen bekannten Satz, der besagt: «Der Schlaf der Vernunft gebiert Ungeheuer.»

Und was bei diesen ganzen Machenschaften unfassbar wahnsinnig erscheint, ist die paranoide, von einem totalen Realitätsverlust zeugende Illusion deren Urheber auf offizieller und geheimer Ebene, Russland dadurch ein für alle Mal in die Knie zwingen, endgültig besiegen und seiner grossen und wertvollen Rohstoffreserven habhaft werden zu können. Doch ein solches Szenario wird niemals Wirklichkeit werden, da es eine gefährliche Wahnvorstellung ist, die nur in den total wirklichkeitsfernen, verwirrten, hasserfüllten und denkunfähigen Köpfen der US-Schattenregierungsmitglieder, des senilen, von einer aggressiven Mentalität des kalten Kriegers geprägten US-Präsidenten und seiner Berater sowie einiger europäischer Regierungschefs insbesondere jener Englands, Polens, der baltischen Staaten und nicht zuletzt der EU-Kommissionschefin und der deutschen Aussenministerin vorkommt und herumspukt. Um sich zu vergegenwärtigen, mit welchen Leuten sich der amtierende US-Präsident umgeben hat, unter denen sich auch die sogenannten Neocons (Neokonservativen) befinden, d.h. die berüchtigte, hinter dem durch Lügen gerechtfertigten, desaströsen, von G.W. Bush angezettelten Irakkrieg stehende und andere US-Kriege zum angeblichen Demokratieexport per Regimewechsel fördernde Intellektuellenclique, die keine geringe Rolle spielt, ist es ratsam, sich den Dokumentarfilm aus der Fernsehsendung «Monitor» mit dem Titel «Rückkehr der US-Falken: Das Netzwerk von Joe Biden» anzuschauen, der unmittelbar nach seiner Wahl vom deutschen Staatsfernsehen WDR/ARD am 12.11.2020 ausgestrahlt wurde. Der Einleitungstext zum Doku-Film auf der Sendungs-Webseite besagt folgendes:

Der gewählte neue US-Präsident Joe Biden spricht von Versöhnung, Gemeinsamkeiten, Multilateralismus. Dabei hatte er als US-Senator ganz andere Töne angeschlagen: Er war starker Verfechter der US-Militärinterventionen auf dem Balkan, in Afghanistan und im Irak und Befürworter des Drohnenkriegs unter Obama. Und heute? Betrachtet man Bidens aussenpolitisches Beraternetzwerk dürften bald wieder einige Hardliner das Sagen haben. Berater, mit besten Verbindungen zur US-Rüstungsindustrie.

Und am Anfang des Filmes werden folgende Worte gesprochen:

Joe Biden. Er will das freundliche Gesicht der USA sein. Versöhnung und Zusammenarbeit, statt Spaltung und Alleingänge. Aber was bedeutet ein Präsident Biden für eine Welt voller Konflikte, in der Ukraine, im Irak, in Syrien, Libyen, Afghanistan und in vielen anderen Konfliktherden? Was erwartet die Welt mit einem Präsidenten Joe Biden? Um das zu verstehen, muss man in die Vergangenheit blicken. Joe Biden hatte die Aussenpolitik der USA über Jahrzehnte entscheidend mitgeprägt. Zunächst 12 Jahre als Senator im Ausschuss für Aussenpolitik, später 8 Jahre als Vizepräsident unter Barack Obama. In dieser ganzen Zeit hat Biden viele militärische Einsätze befürwortet. Edward Knudsen, Politikwissenschaftler und Aktivist: Joe Biden glaubt ganz gewiss an das, was er Amerikas Führungsrolle nennt. Das bedeutet Vorherrschaft der USA und militärische Intervention. Er glaubt, Amerika habe das Recht, überall und jederzeit zu intervenieren.

Übrigens bezeichnete der sich gerne als frommer Katholik selbstdarstellende US-Präsident am 17.3.2021 bei einem Fernsehinterview das russische Staatsoberhaupt wortwörtlich als Killer und drohte rachsüchtig, er werde einen hohen Preis bezahlen für die Einmischungen bei der US-Präsidentschaftswahl von 2016, die Trump zum Wahlsieg verholfen haben sollen, was als psychologischer Krieg sowie eine finstere und heimtückische Einstimmung auf den kommenden, durch Hartnäckigkeit herbeizuführenden zuerst kalten, dann aber heissen Krieg mit Russland wirkt und eindeutig zeigt, was seine Berater und seine dunklen Drahtzieher in Hinblick auf Russland auf Lager haben und wessen Geistes Kind sie sind. Denn wenn ein Staatsoberhaupt ohne Grund und ohne jegliche Beweisführung eine dermassen triviale, brutale und aggressive Sprache gegenüber einem anderen Staatsmächtigen benutzt und ihn aus heiterem Himmel verbal attackiert, dann gleicht das einer geplanten Kampfansage und einer Art Kriegserklärung. Es sei daran erinnert, dass trotz intensiver und langer Ermittlungen durch Geheimdienste, FBI und andere US-Behörden überhaupt kein Hinweis gefunden werden konnte in Bezug darauf, dass Putin und/oder russische Regierungsbeamte beim Trump-Wahlsieg die Finger im Spiel hatten und das Wahlergebnis beeinflusst hätten. Im Gegenteil stellte sich heraus, dass bei den Vorwahlen der demokratischen Partei Intrigen und Machenschaften zugunsten von Hillary Clinton durchgeführt worden waren, um den wahrscheinlichen Wahlsieg ihres populären Rivalen Bernie Sanders zu verhindern, der eine völlig verschiedene innen- und aussenpolitische Perspektive vertrat. Nachdem infolge

der Veröffentlichung von ungefähr 20'000 gehackter E-Mails durch die von Julian Assange gegründete Organisation und Enthüllungsplattform Wikileaks, die Intrigen zu Schaden des Rivalen Sanders sowie dessen Verspottung durch Funktionäre der DNC (Nationalkomitee der demokratischen Partei) offenbar wurden, kam es zum Eklat und später verlor die demokratische Präsidentschaftskandidatin die Wahl und wurde somit entgegen den Wünschen der Schattenregierung nicht US-Präsidentin, wobei ihr eventueller Wahlsieg nach plejarischen Angaben sicherlich zum Krieg mit Russland, d.h. zum Dritten/Vierten Weltkrieg geführt hätte. Daraufhin wurde die als Täuschungsmanöver und sozusagen Massenablenkungswaffe erdachte Geschichte erfunden – die als Russia Gate bekannt ist – wonach das Hacking von Clintons E-Mails auf ihrem privaten Handy und PC als sie Aussenministerin war, sowie die Wikileaks-Dokumente und später auch noch die Trump-Wahl zum US-Präsidenten auf Machenschaften des Kremls zurückzuführen sein sollen, um den eigentlichen Skandal bezüglich der Sabotage des voraussichtlichen Wahlsieges von Sanders bei den demokratischen Vorwahlen und somit den Boykott seiner Präsidentschaftswahlkandidatur zu vertuschen und in Vergessenheit geraten zu lassen, indem die vom politischen US-Establishment und von der Schattenregierung unvorhergesehene und nicht verkraftete Wahlniederlage Hilary Clintons in die Schuhe Putins geschoben wurde.

Die Verwicklungen von Victoria Nuland und dem Sohn des aktuellen US-Präsidenten in die ukrainischen Angelegenheiten und die Geschichte der Biolabore in der Ukraine

Wer die Geschichtsgeschehnisse mit Ehrlichkeit und Objektivität betrachtet, kommt nicht umhin, festzustellen, dass der Krieg bzw. der Bürgerkrieg in der Ukraine 2014 ausgebrochen ist und im Lauf von 8 Jahren ungefähr 16'000 Tote verursacht hat und zwar infolge des von den USA unterstützten Regimewechsels, was in der Tat einem Staatsstreich gleichkommt. An diesem Machtwechselprozess hatte die damalige Vize-Staatsekretärin beim US-Aussenministerium Victoria J. Nuland einen nicht geringen Anteil. Sie machte unter der US-Administration von G.H. Bush Karriere, der sie zur Beraterin des damaligen Vize-Präsidenten Dick Cheney und dann zur Botschafterin bei der NATO erhob. Dann unter der Obama-Präsidentschaft wurde sie zur Beauftragten des US-Staatssekretärs (d.h. des Aussenministers) für die europäischen und euroasiatischen Angelegenheiten ernannt. Sie ist die Ehefrau des einflussreichen neokonservativen Politologen und Historikers Robert Kagan, der Mitbegründer der Denkfabrik «Project for a new american century» (Projekt für ein neues amerikanisches Jahrhundert) ist und die Theorie des sogenannten «liberalen Interventionismus» vertritt, und dementsprechend hat sie die US-Kriege und militärische Interventionen in Afghanistan, Irak, Libyen und Syrien befürwortet. Im Dezember 2013 während eines Gespräches mit dem Präsidenten der Ukraine, Janukowitsch, in Kiew versuchte Nuland, ihn dazu zu drängen, das umstrittene Wirtschaftsabkommen mit der EU zu unterzeichnen. Doch der Präsident weigerte sich, da er seine Beziehungen zu Moskau nicht aufs Spiel setzen, wollte. Seitdem war sein politisches Schicksal irgendwie besiegelt und er sollte in den Augen Nulands und des US-Establishments der Macht enthoben werden, weil er offenbar dem US-Projekt zur Angliederung der Ukraine an die EU und womöglich an die NATO im Weg stand. Kurz vor dem oben genannten Gespräch, am 24 November 2013, hatten auf dem Kiewer Maidan-Platz die zuerst friedlichen Volksproteste gegen die Regierung durch diejenigen, welche das ökonomische Abkommen mit der EU befürworteten, begonnen. Aber bald gewannen die radikalen, nationalistischen und gewaltbereiten Flügel der Protestbewegung die Oberhand. Die Spannungen zwischen Demonstranten und Polizei spitzten sich zu und es kam zu Gewaltausschreitungen. Am 13. und am 20. Februar wurden auf dem Maidan-Platz 80 Menschen darunter Aktivisten und Polizisten erschossen. Die dem Präsidenten Janukowitsch loyalen Berkut, die Männer der speziellen Sicherheitskräfte, wurden für das Massaker verantwortlich gemacht, was dann die Flucht des amtierenden Staatsoberhauptes aus dem Land nach sich zog. Der Vorwurf, der von der Opposition an die Regierung gerichtet wurde war, dass das Massaker absichtlich begangen worden sei, um die Protestbewegung durch ein Blutbad zum Verstummen zu bringen. Doch die Reportage eines bekannten italienischen Journalisten und Kriegskorrespondenten, namens Gian Micalessin, die 2017 auf einem populären Kanal des italienischen Privatfernsehens (*Canale 5*) ausgestrahlt und von mehreren Nachrichten-Quellen im Internet europaweit aufgegriffen wurde, warf neues Licht auf die Maidan-Ereignisse. Bei der TV-Reportage wurden einige georgische Scharfschützen zum ersten Mal interviewt, und diese erzählten ihre Version des Geschehens, an dem sie direkt involviert waren.

Was in dieser Reportage ans Licht kam, war aber nicht ganz neu, denn die offizielle Version in Bezug auf die Maidan-Ereignisse wurde bereits zuvor vom ehemaligen estnischen Aussenminister Urmas Paet in Frage gestellt. Als er 5 Tage nach dem Maidan-Massaker von seiner Reise nach Kiew in sein Heimatland zurückkehrte, erzählte er der damaligen EU-Aussenbeauftragten Catherine Ashton, was ihm von einer ukrainischen Ärztin enthüllt worden war, die die Leichen vieler auf dem Maidan-Platz erschossener Personen untersucht hatte. Das Telefongespräch wurde abgehört und dessen Inhalt von den russischen Medien verbreitet. Da erklärte Paet folgendes: «Die beunruhigendste Sache dabei ist, dass alle Befunde bewiesen, dass alle getöteten Personen – sowohl unter den Polizisten, als auch unter den Leuten auf der Strasse – von denselben Scharfschützen erschossen wurden.» Und dann zitiert er das Zeugnis der Ärztin, wonach «bei allen Leichen Wundzeichen, die auf die gleiche Geschossart zurückzuführen sind, vorgefunden wurden». Und er bemerkt, es sei «beunruhigend, dass die neue Regierungskoalition sich weigere, über das, was wirklich geschehen ist, zu ermitteln» und «es gebe starke Hinweise darauf, dass hinter den Scharfschützen nicht Janukowitsch, sondern jemand von der Koalition steht».

Tatsächlich, wie sich in der oben erwähnten TV-Reportage herausgestellt hat, waren es georgische Scharfschützen, die nicht nur mit dem ehemaligen Staatspräsidenten Georgiens Saakaschwili als Mitglieder der eigenen Sicherheitsdienste und sogar mit seiner Partei in Verbindung standen (wobei deren Namen hier nicht erwähnt werden sollen, die kann man aber durch

eine Internet-Suche herausfinden), sondern auch am Massaker auf dem Maidan-Platz vom 20 Februar 2014 beteiligt waren. Saakaschwili, der in den USA studiert hatte und von der US-Regierung in seiner Amtszeit unterstützt wurde, hatte im August 2008 einen kurzen, aber blutigen Krieg mit Russland provoziert. Zwei der oben erwähnten georgischen Scharfschützen (nämlich K.N. und K.Z.), entschlossen sich 2017 in Skopje, der Hauptstadt Mazedoniens, auszupacken, denn sie waren der Meinung, «es sei notwendig, auf diese Fakten Licht zu bringen». Einige Monate später wurde das Gleiche von einem dritten Scharfschützen, A.R., der beim georgischen Heer gearbeitet hatte, getan. Alle drei erzählten Ende 2013, von einem Militärberater, M.M., des damaligen georgischen Präsidenten rekrutiert worden zu sein. Letzterer ging nach den Maidan-Ereignissen in den Donbass, um die sogenannte «Georgische Legion» im Bürgerkrieg gegen die prorussischen Separatisten zu leiten. K.Z. erzählt, dass das erste Treffen mit M.M. im Büro der Partei «Nationale Bewegung» stattfand und dass, «die Revolte in der Ukraine Ähnlichkeiten mit der sogenannten «Rosenrevolution» haben sollte, die sich einige Jahre zuvor in Georgien zugegetragen hatte». Die drei Männer kriegten dann im Flugzeug nach Kiew falsche Pässe und eine Vorauszahlung von 1000 Dollar pro Person, mit dem Versprechen, später jeweils eine viel grössere Summe zu bekommen. Einmal in Kiew angekommen, begannen sie, besser zu verstehen, wozu sie rekrutiert worden waren. A.R. sagt, dass ihre Aufgabe darin lag, «Provokationen zu veranstalten, um die Polizei dazu zu bringen, gegen die Demonstrantenmenge vorzurücken. Aber bis Mitte Februar waren noch nicht viele Waffen in Umlauf. Es wurden höchstens Schilde, Schlagstöcke und Molotov-Cocktail benutzt. Doch dann wurden die Ausschreitungen um den Maidan-Platz immer heftiger.» Ab dem 14./15. Februar, erinnerte sich K.N., «geriet die Situation ausser Kontrolle und es waren die ersten Schüsse zu hören». Eines Tages, am 15. Februar, sagte A.R., «besuchte M.M. unser Zeltlager. Er war von einem Typ in Uniform begleitet, den er uns vorstellte. Er sagte uns, er sei ein amerikanischer Militärinstrukteur, namens B.C.B., und ein ehemaliger US-Offizier und Scharfschütze bei der 101. US-Luftland-Division gewesen.» Nach den Maidan-Ereignissen zog er auch in den Donbass, um bei der georgischen Legion zu kämpfen. K.N. erinnert sich, dass

er derjenige war, der Ihnen die Befehle erteilte. Ich musste all seinen Anweisungen folgen. Es wurde uns erklärt, dass wir schiessen mussten, um Chaos und Verwirrung zu stiften und zwar [un]unterbrochen. Egal ob wir auf einen Baum, auf eine Barrikade oder auf diejenige schiessen, die Molotov-Cocktails werfen. Am Morgen des 20. Februar 2014 kamen Waffen ins Spiel. Es muss bei Sonnenaufgang gewesen sein, als ich den Schiesslärm hörte, es waren einzelne Schüsse, und das kam vom Zimmer nebenan. Im gleichen Augenblick machten die Litauer das Fenster auf, einer von ihnen schoss einen Schuss und machte es gleich zu. Dann fingen alle an, 2–3 Schüsse hintereinander durchgehend abzufeuern. Wir hatten keine andere Wahl, denn es wurde uns befohlen, auf die Berkut (die Polizisten) und die Demonstranten zu schiessen. Ich war völlig erschrocken. Wir waren im Gebäude des Konservatoriums. Das hat 15–20 Minuten gedauert. Ich war ausser mir, unruhig und gestresst (...)

Kurz nach der Ausstrahlung der italienischen Fernsehreportage veröffentlichte der mazedonische Journalist Milenko Nedelkovski ein weiteres Interview mit einem Scharfschützen, der ebenfalls im Februar 2014 aus Georgien nach Kiew gesandt wurde und der die oben erzählte Geschichte bestätigte.

Folgendes Zitat stammt aus einem Artikel, der auf der deutschen Internetseite Telepolis am 15.2.2018 unter dem Titel «Immer erdrückendere Beweise zu Maidan-Scharfschützen-Einsatz im Februar 2014» veröffentlicht wurde:

Die überstürzte Verhaftung und Abschiebung des ehemaligen georgischen Präsidenten Michail Saakaschwili [von] Kiew nach Warschau am Montag hatte offenbar noch einen zweiten Grund. Der ukrainische Präsident Petro Poroschenko wollte nicht nur einen Widersacher loswerden. Am Dienstag sollte der ehemalige georgische Präsident vor einem Kiewer Gericht als Zeuge zu den 100 Toten auf dem Maidan im Februar 2014 aussagen. Die ukrainischen Sicherheitsorgane beschuldigen für den Tod von 53 Menschen – 49 Demonstranten und vier Polizisten –, die allein am 20. Februar 2014 auf dem Maidan starben, die Polizei-Spezialeinheit Berkut. Mit der Vorladung von Saakaschwili vor Gericht versuchten die Anwälte der ehemaligen Berkut-Polizisten ihre Mandanten zu entlasten. (...)

Am Mittwoch veröffentlichten die russischen Nachrichtenagenturen Sputnik und Ria Novosti nun eine umfassende Dokumentation mit angeblich neuen Fakten zu den georgischen Scharfschützen. Diese seien in der Zeit zwischen Dezember 2013 und Februar 2014 aus Georgien nach Kiew auf den Maidan abkommandiert worden, wo sie zunächst für die allgemeine Sicherheit zuständig waren und dann als Scharfschützen gegen Demonstranten und Polizisten eingesetzt wurden. Belegt werden die Vorwürfe am heutigen Donnerstag von der Nachrichtenagentur Sputnik mit der Veröffentlichung mehrseitiger, schriftlicher und von Anwälten aufgenommenen Zeugenaussagen zweier georgischer Scharfschützen sowie den Kopien von zwei Flugtickets Tiflis-Kiew.

Ein Teil der nach Kiew gesandten Scharfschützen gehörte 2007, als es in Georgien Massendemonstrationen gegen den damaligen Präsidenten Saakaschwili gab, zu einer sogenannten «Sondereinheit», welche die Aufgabe hatte, maskiert einzelne Demonstranten zusammenzuschlagen. Jedem nach Kiew gesandten Scharfschützen seien 50'000 Dollar versprochen worden, berichtet K. N., einer der georgischen Schützen.

In der Sputnik-Dokumentation belasten die georgischen Scharfschützen zahlreiche hohe ukrainische Beamte und Politiker, die mutmasslich an Einsatzbesprechungen mit den georgischen Scharfschützen beteiligt waren, – wie A. P., jetzt Parlamentssprecher und S. P., jetzt Abgeordneter der Volksfront –, oder neben ihnen in die Menge schossen, wie W. P. – damals Kom-

mandeur einer Maidan-Hundertschaft, heute Rada-Abgeordneter. Ausserdem behaupten die georgischen Scharfschützen, dass auf dem Maidan nicht nur Scharfschützen aus Georgien, sondern auch aus Polen und den baltischen Staaten im Einsatz waren. Und das ist noch nicht alles. Bei den Einsatzbesprechungen mit den Scharfschützen sei auch ein gewisser C. B. beteiligt gewesen, der den Georgiern als ehemaliger US-Soldat vorgestellt wurde.

Die russische Nachrichtenagentur Ria Nowosti veröffentlichte am Mittwoch ein Video-Interview mit dem georgischen General T. Z., einem früheren Kommandeur des georgischen Armee-Bataillons «Awasa» (Panter), der bestätigte, dass 2014 frühere Untergebene von ihm nach Kiew beordert wurden. «Die Leute dort führten Befehle von Saakaschwili und A. P., dem Parlamentssprecher der Ukraine, und S. P. aus», erklärt der General.

Bei ihrer Rede vor der US-Ukraine Foundation am 13. Dezember 2013 in Washington sprach Nuland von ihrem wenige Tage zuvor stattgefundenen Besuch in Kiew und ihrem Treffen mit dem ukrainischen Staatspräsidenten. Unter anderem sagte sie, «die Euro-Maidan-Bewegung verkörpert jene Prinzipien und Werte, die Meilensteine aller freien Demokratien sind» und «ein prominenter ukrainischer Geschäftsmann sagte mir: «Das grösste Ergebnis der Maidan-Bewegung ist, dass sie bewiesen hat, dass das ukrainische Volk keinen Präsidenten – diesen oder den kommenden – länger unterstützen wird, der es nicht auf den Weg nach Europa führt.» Und weiter erzählte sie noch, sie habe im Lauf ihres dritten Besuchs in Kiew mehr als zwei Stunden mit dem Präsidenten Janukowitsch verbracht, «es sei ein hartes Gespräch, aber auch ein realistisches gewesen» und sie habe «ihm im Namen der Vereinigten Staaten absolut klar gemacht, dass das, was am 10. Dezember und im Allgemeineren bezüglich der Sicherheit geschehen ist, absolut unakzeptabel in einem europäischen und demokratischen Staat ist». Sie betonte, dass der Weg aus der Krise für die Ukraine, darin bestehe, dass der Präsident «unmittelbar Schritte zu einer Deeskalation der Sicherheitssituation und politische Schritte [machen soll], um die Krise zu beenden» und «die Ukraine zurück zum Gesprächstisch mit der EU und dem Internationalen Währungsfonds bringen soll». Und sie fügte hinzu, «wie der Vize-Präsident Biden in seinen Bemerkungen gestern Nacht gesagt hat, hat Präsident Janukowitsch eine Wahl. Er kann den Weg wählen, der zur Spaltung und zur Isolation führt oder er kann einen Sprung machen», indem «er sich einem echten Dialog mit der Opposition öffnet und mit einem Weg überein[stimmt], der die Ukraine zur ökonomischen und politischen Gesundheit zurückführt».

Am 28 Januar 2014 erklärte Nuland in einem vertraulichen Telefongespräch mit dem US-Botschafter in Kiew, die USA hätten 5 Milliarden Dollar investiert, «um der Ukraine die Zukunft zu sichern, die sie verdient». Das fand wenige Wochen vor der durch das Maidan-Massaker vom 20. Februar bedingten Amtsflucht des damaligen russlandfreundlichen Präsidenten Viktor Janukowitsch statt. Dabei sprach sie auch von denjenigen Oppositionspolitikern, die ihrer Meinung nach an der neuen pro-westlichen ukrainischen Regierung beteiligt werden sollten, als ob sie die Regierungsbildung massgebend mitbestimmen könnte. Doch das Gespräch wurde vom ukrainischen Geheimdienst, der dem amtierenden Präsidenten treu geblieben war, abgehört und veröffentlicht. Vom abgehörten Gespräch kam heraus, dass Nuland der EU vorwarf, gegenüber dem Kiew-Regime eine zu weiche und zögerliche politische Haltung zu zeigen, während die US-Regierung einen härteren Kurs eingeschlagen hatte, indem sie Sanktionen gegen bestimmte Politiker der prorussischen ukrainischen Regierung beschloss. Da rutschte ihr der bekannte Fluch heraus: «Fuck the EU» (Scheiss auf die EU), der damals in Europa viel Aufsehen erregte. Nun entsteht folgende Frage: Welche Rolle spielte Nuland bei der Unterstützung der Maidan-Protestbewegung und den blutigen Gewaltausschreitungen in Kiew (am 22.2.2014) gegenüber Janukowitsch, an denen auch rechtsextreme Milizen beteiligt waren und in Folge derer der amtierende Staatspräsident das Land verliess und ins Exil ging? Im übrigen war das Interesse des US-Establishments an der Ukraine nicht neu, denn die sogenannte «Orangene Revolution», beeinflusste bei der Präsidentschaftswahl 2004 den Aufstieg des prowestlichen Kandidaten Juschtschenko, dessen Ehefrau in den USA aufgewachsen ist und die im Aussenministerium als hohe Beamtin gearbeitet hat, was von den USA finanziert wurde. Obwohl Juschtschenko bei der Wahl von Janukowitsch geschlagen wurde, nachdem Massenproteste gegen den Wahlsieg des prorussischen Kandidaten unter dem Verdacht von Wahlfälschungen zustande gekommen sind, erklärte 12 Tage später der von der Opposition beauftragte oberste Gerichtshof das Stichwahlergebnis für ungültig. Bei der neuen Stichwahl wurde dann der prowestliche Kandidat zum Staatspräsidenten gewählt.

Wie die «Neue Zürcher Zeitung» damals berichtete, hatte die amerikanische Regierung «nach Angaben des US-Aussenministeriums im Steuerjahr 2004 insgesamt 34,1 Millionen Dollar für sogenannte Demokratie-Projekte in der Ukraine zur Verfügung gestellt, wobei das Geld unter anderem an nichtstaatliche Organisationen und unabhängige Medien ging.» Und der Journalist Ian Traynor schrieb in der britischen Tageszeitung «The Guardian», dass die Wahlkampagne von Juschtschenko «eine amerikanische Machenschaft» gewesen sei. Er hatte zur Kenntnis genommen, dass ukrainische Wahlbeobachter und Protestgruppen amerikanisches Geld zur Ausbildung bekommen hatten und Hochrechnungen von den USA finanziert wurden, die belegen sollten, dass Janukowitsch für Wahlfälschungen verantwortlich war. Es handelte sich um die 5 Milliarden Dollar aus den USA, von denen früher die Rede war, die im Zeitraum zwischen 1991, als die Ukraine nach der Auflösung der Sowjetunion unabhängig wurde, bis 2014, als es zur Amtsflucht von Janukowitsch und zum Regimewechsel in Kiew kam geflossen sein sollen. Der Grossteil des Geldes stammte vom amerikanischen Aussenministerium und von staatlichen Organisationen sowie von der «United States Agency for International Development» (USAID). Der ehemalige CIA-Analyst Ray McGovern hat damals bei einigen Interviews die Meinung geäussert, dass wahrscheinlich auch das 1983 unter der Reagan-Präsidentschaft gegründete «National Endowment for Democracy» (Nationale Stiftung für Demokratie), die Verbindungen mit der CIA hat und als deren globale ökonomische Organisation gilt (auch als «zweite CIA» bekannt), beim Regimewechsel in Kiew eine gewisse Rolle gespielt haben soll. Denn diese als verlängerter Arm der CIA wirkende und zur Deckung von Geheimoperationen, die auf Destabilisierung und Subversion fremder Regierungen abzielende, dienende Organisation, die weltweit

zahlreiche NGOs (Nichtregierungsorganisationen) sowie sonstige private Stiftungen und Medien finanziert, hatte insgesamt 65 Projekte in der Ukraine finanziert. Auch der damalige US-Botschafter in Kiew hatte sich für die Finanzierung ukrainischer Medien eingesetzt, die die Maidan-Protestbewegung unterstützten (wie etwa *Hromadske TV*, dessen Direktor für die amerikanische, mit der CIA in Verbindung stehende Radioanstalt *Radio Free Europe* gearbeitet und früher *Channel 5* gegründet hatte, das als das Fernsehen der orangenen Revolution galt). Auch der weltbekannte Financier und Spekulant George Soros hatte seit geraumer Zeit in der Ukraine die Hände im Spiel, wie er selber zugegeben hat. In einem Interview stellte ihm der CNN-Journalisten Fareed Zakaria am 25. Mai 2014 folgende Frage: «Eines der Dinge, die ihnen viele zusprechen, ist, dass sie 1989 während der Revolutionen eine grosse Menge von Dissidenten-Tätigkeiten und Bürgervereinen in Osteuropa, in Polen und Tschechien finanzierten. Machen Sie ähnliches auch in der Ukraine?» Darauf antwortete Soros: «Ich habe in der Ukraine, bevor sie von Russland unabhängig wurde, eine Stiftung gegründet. Und seitdem funktioniert sie und hat eine wichtige Rolle bei den jetzt stattfindenden Ereignissen gespielt.» Damit spielt er auf die 1990 von ihm gegründete «International Renaissance Foundation» (IRF) an, die eine der grössten in der Ukraine operierenden Stiftungen bzw. Nichtregierungsorganisationen und Teil seines globalen Netzwerks der «Open Society Foundations» (Stiftungen für die offene Gesellschaft) ist. Nach seinen eigenen Worten erklärte sich Soros 2015 bereit, eine Milliarde Dollar in die Ukraine zu investieren.

Um auf das abgehörte Gespräch mit dem US-Botschafter, Pyatt, in Kiew zurückzukehren, das zu der Zeit stattfand, als Präsident Janukowitsch noch an der Macht war, da sprach Victoria Nuland auch davon, dass sie für das Amt des zukünftigen Premierministers ad interim auf Arsenij Jazenjuk, den sie «Yats» nennt, tippte (Originalzitat: «We want Yats in there»). Er ist ein aus der Bankenwelt kommender Technokrat und Jurist. Tatsächlich wurde dieser Mann nach den Maidan-Ereignissen vorübergehender Regierungschef und bei der Kabinettsbildung wurden der rechten Freiheitspartei (Svoboda) 4 Ministerposten zugeteilt, inklusive das Verteidigungsministerium. Zwei Minister dieser Rechtspartei wurden sogar mit Symbolen und Buchstaben (HH) fotografiert, die an den Nationalsozialismus erinnern. Und bei diesen ganzen Machenschaften und Verwicklungen in den inneren ukrainischen Angelegenheiten bekam Nuland, die früher auch als Chefin bei der CIA-Station in Moskau operiert hatte, vom damaligen Vize-Präsidenten der USA, Joe Biden, politische Rückendeckung. Als Gegenleistung bekam der Sohn von Joe Biden einen lukrativen Posten im Direktorium des grössten privaten Gasförderkonzerns der Ukraine, der früher einem Ex-Minister des gestürzten Präsidenten Janukowitsch gehörte. Neben ihm wurde auch D. A., ein enger Freund des Stiefsohnes des damaligen US-Aussenministers John Kerry zum Aufsichtsratsmitglied beim oben erwähnten Konzern ernannt. Dort sollte er sich angeblich mit der Energieversorgung der Ukraine beschäftigen (man fragt sich aufgrund welcher Fachkenntnisse und Kompetenzen) und der eventuellen Entwicklung der Fracking-Industrie, da im ukrainischen Untergrund riesige Schiefergasreserven liegen.

Wie eine Videoaufnahme belegt, hatte sich der damalige US-Vize-Präsident im Januar 2018 bei einer öffentlichen Rede vor dem Council on Foreign Relations (CFR) damit gebrüstet, dass der als korrupt geltende ukrainische Generalstaatsanwalt, der bezüglich der Machenschaften des Stiefsohnes – zur Zeit, als dieser rund fünf Jahre lang im Aufsichtsrat der grössten ukrainischen Gasfirma sass und dafür fürstlich bezahlt wurde – Ermittlungen geleitet hatte, auf sein Geheiss entlassen worden war. Das waren seine Worte: «Ich sagte, ihr bekommt die Milliarde Dollar nicht. Ich gebe euch sechs Stunden und wenn der Staatsanwalt nicht gefeuert wird, werdet ihr das Geld nicht bekommen. Und dieser Hurensohn wurde gefeuert.»

Das Ganze wurde während des Wahlkampfes 2020 von seinem Gegner, dem damaligen US-Präsidenten Trump, ausgeschlachtet. Im Zeitraum als V. S. die ukrainische Generalstaatsanwaltschaft leitete, wurden die Ermittlungen über den Gaskonzern B. und den Präsidentensohn nicht fortgeführt, erklärte der Vize-Generalstaatsanwalt V. K. Bloomberg-TV. Im allgemeinen habe sich V.S. zu wenig darum bemüht, die Korruption zu bekämpfen, was V.K. dazu veranlasste, zurückzutreten. Bloomberg-TV entdeckte auch, dass V. S. mit den Ermittlungen über die Gaskonzern-Affäre beauftragt worden war, bevor er im Februar 2015 zum Generalstaatsanwalt ernannt wurde. Er zeigte sich aber zögerlich in Bezug auf die Fortführung des Ermittlungsverfahrens über die Gas-Firma. Übrigens soll er schon vor seiner Ernennung zum Generalstaatsanwalt auf internationaler Ebene deshalb einen schlechten Ruf gehabt haben, weil er angeblich einige Gerichtsverfahren gegen Personen einstellte, die wegen ihrer Beteiligung an der Schiesserei auf dem Maidan-Platz angeklagt worden waren.

Die amerikanische Botschaft soll sich auf Anweisung der US-Regierung hin darum bemüht haben, V.S. seines Amtes zu entheben, mit der angeblichen Begründung, er habe sich für die Korruptionsbekämpfung nicht so eingesetzt, wie es von den internationalen Behörden gefordert wurde. Im März 2016 soll der damalige Vize-Präsident und Präsidenten-Beauftragte für internationale Angelegenheiten der ukrainischen Regierung eine kurze Frist eingeräumt haben, um den Generalstaatsanwalt V. S. zu feuern, unter der Drohung, andernfalls ein Hilfspaket von einer Milliarde Dollar für die Ukraine zu blockieren. Die ukrainische Regierung unter der Präsidentschaft von Poroschenko lenkte ein. «Präsident Poroschenko sagte mir, dass Biden verlange, dass ich abgesetzt werde. Ich fragte ihn, unter welchem Vorwand ich abgesetzt werden soll. Ich schreibe ein Rücktrittsgesuch, kein Problem (denn schon von Anfang an war ich bereit, das zu tun.) Bei mir gibt es keine Korruption, nichts. Wie kann man erklären, dass ich abgesetzt werde?» fragte V. S.

Das nährte den Verdacht, dass der damalige US-Vizepräsident die Entlassung des Generalstaatsanwalts verlangt hatte, zumal er zu diesem Zweck persönlich nach Kiew geflogen sein sollte, um den eigenen Sohn vor den Ermittlungen über seine Verwicklung in der Gaskonzern-Affäre und eventuellen strafrechtlichen Anklagen zu schützen. Diesbezüglich hat Biden behauptet: «Ich habe nie mit meinem Sohn über seine Geschäfte in Übersee gesprochen» und bestritt jegliche Interessenkonflikte oder Fehlverhalten von seiner Seite.

In seinem 2016 erschienenen Buch «Illegale Kriege» schrieb der Historiker Daniele Ganser in einem Kapitel unter dem Titel «Fuck the EU: Der illegale Putsch der USA in Kiew» über die Rolle der USA beim Regimewechsel in folgendes: «Während der

gestürzte Präsident Janukowytsch in Russland Asyl erhielt, reiste der durch den Putsch an die Macht gekommene neue Präsident Petro Poroschenko nach Washington und hielt im September 2014 vor dem US-Kongress eine flammende Rede, in der er erklärte: «Ich danke der USA für ihre Solidarität.»

Inzwischen muss auf der Basis der verfügbaren historischen Dokumente davon ausgegangen werden, dass die USA den Putsch in der Ukraine im Februar 2014 unterstützten. «Es war ein vom Westen gesponserter Putsch, es gibt kaum Zweifel daran», erklärte der frühere CIA-Offizier Ray McGovern. Die USA hätten die Regierung in der Ukraine gestürzt und Victoria Nuland habe im US-Aussenministerium die Fäden gezogen, zusammen mit dem US-Botschafter in der Ukraine Geoffrey Pyatt. Auch eine detaillierte Untersuchung des Putsches durch den Politologen Ivan Katchanovski von der School of Political Studies der Universität Ottawa bestätigt, dass sich in der Ukraine im Februar 2014 ein Putsch ereignete. Die Berkut waren nur die Sündenböcke, denen man das Verbrechen im Rahmen einer Operation unter falscher Flagge in die Schuhe schob, um den amtierenden Präsidenten zu diskreditieren. «Das Maidan-Massaker vom 20. Februar 2014 war eine erfolgreiche «False Flag»-Operation, durchgeführt durch die Anführer der Maidan-Protestbewegung und verdeckte Scharfschützen, um in der Ukraine die Macht zu ergreifen», so der Politologe Katchanovski. «Die neue Regierung, welche durch das Massaker an die Macht kam, verfälschte die Untersuchung.» (...)

Paul Craig Roberts, der als stellvertretender Finanzminister in der Administration Reagan gedient hatte, bestätigte genau dies. «Die Neokonservativen glauben, dass die Geschichte die USA ausgewählt hat, Hegemonie über die ganze Welt herzustellen», so Roberts. «Obama ernannte die neokonservative Victoria Nuland zur stellvertretenden Staatssekretärin. Nulands Büro arbeitet mit der CIA zusammen sowie mit (den) von Washington finanzierten Nichtregierungsorganisationen und organisierte den US-Staatsstreich in der Ukraine.»

Victoria Nuland hat im amerikanischen Aussenministerium den Putsch organisiert, die neue Regierung für den Premierminister Jazenjuk zusammengestellt und die Europäer mit dem Zitat «Fuck the EU» beleidigt, wie aus einem abgehörten Telefongespräch hervorgeht. (...)

Nach dem Putsch wurden Jazenjuk Premierminister und Poroschenko Präsident, genau wie Nuland und ihr Vorgesetzter Aussenminister John Kerry es wünschten. Vitali Klitschko, der frühere Boxweltmeister im Schwergewicht, musste sich mit dem Posten des Bürgermeisters von Kiew zufriedengeben.

Einige Ukrainer wussten, dass die Amerikaner ihre Regierung stürzen wollten. Im ukrainischen Parlament hatte der Abgeordnete Oleh Zarjow schon am 20. November 2013 die amerikanischen Putschvorbereitungen in einer Rede, die durch viele Zwischenrufe unterbrochen wurde, aufgedeckt. «In meiner Rolle als Vertreter des ukrainischen Volkes erhielt ich von Aktivisten der Organisation Volja klare Beweise, dass auf unserem Territorium, mit Unterstützung und direkter Beteiligung der amerikanischen Botschaft in Kiew, ein «TechCamp»-Projekt durchgeführt wird, in dessen Rahmen ein Bürgerkrieg in der Ukraine vorbereitet wird.» Im Rahmen des Projektes werde die Revolution geschürt, um die amtierende Regierung zu stürzen. «Das Projekt wurde durch den amerikanischen Botschafter in der Ukraine, Geoffrey Pyatt, überwacht und läuft unter seiner Verantwortung», enthüllte der Parlamentarier Zarjow. «Amerikanische Instrukturen haben erklärt, wie das Internet und die digitalen sozialen Netzwerke genutzt werden können, um die öffentliche Meinung zu manipulieren ... und gewalttätige Unruhen zu provozieren.» Diese Techniken habe man schon erfolgreich in Libyen, Ägypten und Tunesien eingesetzt. Gemäss der UNO-Charta sei es aber «unzulässig, in die inneren Angelegenheiten eines Staates einzugreifen», protestierte Zarjow richtigerweise. «Das müssen wir untersuchen!» Doch seine Forderung fand keine Mehrheit. (...)

Dass sich Nuland schon seit Monaten mit dem Regime Change in der Ukraine befasst hatte, ist aus ihren öffentlichen Stellungnahmen klar zu entnehmen. «Seit der Unabhängigkeit 1991 hat das amerikanische Volk den Übergang der Ukraine zur Demokratie und Marktwirtschaft mit fünf Milliarden US-Dollar unterstützt, im Haushaltsjahr 2013 überstiegen unsere Hilfen 100 Millionen US-Dollar», so Nuland in einem Vortrag am 14. November 2013 vor dem einflussreichen Atlantic Council in Washington.

Das US-Imperium trachtete danach, seinen Einfluss auf die Ukraine auszuweiten. Man versuchte einen Wirtschaftsraum aufzubauen, «der von Lissabon bis Donezk reicht und der angeregt wird durch marktorientierte Reformen», schwärmte Nuland. «In dieser Absicht verhandeln die EU und die Vereinigten Staaten die Transatlantische Freihandelszone TTIP, die Wachstum, Investitionen und Arbeitsplätze auf beiden Seiten des Atlantiks verspricht.» Natürlich ist es gemäss der UNO-Charta illegal und ein Bruch des Völkerrechts, eine Regierung in einem fremden Land zu stürzen. Das wissen auch die Amerikaner. «Wir haben alle Aufnahmen von Mitarbeitern des Aussenministeriums abgehört, wie sie sich zusammen mit dem US-Botschafter in der Ukraine zum Sturz der Regierung verschworen haben», kritisierte der ehemalige amerikanische Kongressabgeordnete Ron Paul. «Wir haben gehört, wie die stellvertretende US-Aussenministerin Victoria Nuland damit geprahlt hat, dass die USA 5 Milliarden Dollar für den Regimewechsel in der Ukraine ausgegeben haben. Warum ist das o.k.?»

Auch der deutsche Staatsrechtsprofessor Karl Albrecht Schachtschneider hat den Putsch in der Ukraine zu Recht als völkerrechtswidrig kritisiert. «Der Westen hat den Umsturz in der Ukraine gefördert, wenn nicht betrieben», so Schachtschneider. «Das waren schwere Verletzungen der inneren und äusseren Souveränität der Ukraine. Dass der «Maidan» nicht wesentlich aus eigenem Antrieb und eigener Kraft von Bürgern der Ukraine kam, ist offensichtlich», erkannte Schachtschneider zwei Monate nach dem Putsch. Der Westen habe «das bewährte Verfahren des Umsturzes, der vermeintlich irgendwie gefärbten Revolution, genutzt». Im Kern gehe es um die Ausdehnung der NATO. «Es gibt wenig Zweifel, dass der Westen «subversiv», wie das Völkerrecht es nennt, interveniert hat, um eine genehme Regierung zu haben, welche bereit ist, die Ukraine in die EU und irgendwann auch in die NATO zu führen», so der deutsche Rechtsgelehrte.

(Quelle: Daniele Ganser, «Illegale Kriege. Wie die NATO-Länder die UNO sabotieren. Eine Chronik von Kuba bis Syrien», S. 281-285, Orell Füssli Verlag AG 2016, Zürich)

Nach dem Regimewechsel vom Februar 2014 griffen in der Ukraine Nationalismus, Rechtsextremismus, Russenfeindlichkeit und Intoleranz zunehmend um sich und die prowestliche Regierung nährte diese extremistischen Tendenzen und Gefühle, anstatt sie einzudämmen und ihnen entgegenzuwirken. Einem britischen Reporter namens Gabriel Gatehouse sagte ein junger Mann am Kiewer Maidan-Platz im März 2014 bei einer Fernsehberichterstattung für die BBC (mit dem Titel: «Neonazi-Gefahr in der Ukraine»), nationalsozialistische Themen seien sehr populär unter den Jugendlichen. Der Gebrauch der ukrainischen Sprache als einzige offiziell vom Staat anerkannte Sprache wurde auch in den mehrheitlich russisch sprechenden Regionen im Osten und Südosten des Landes von der neuen Regierung im Jahr 2014 durchgesetzt. Die Möglichkeit, Informationen in russischer Sprache, in Zeitungen, Radio- und Fernsehkanälen zu verbreiten, wurde somit stark eingeschränkt.

Am 2. Mai 2014 geschah in Odessa eines der blutigsten und schrecklichsten Massaker der europäischen Nachkriegsgeschichte, worüber im Westen merkwürdigerweise wenig berichtet und diskutiert wurde, als ob das für westliche Medien zu unbehaglich und unbequem gewesen wäre (vielleicht weil es unter einem vom Westen unterstützten Regime stattfand?). Sowohl vom Europarat als auch von der UNO wurden aus Sorge um mangelhafte Ermittlungen seitens der nationalen Behörden sowie wegen der geschichtlichen Tragweite der blutigen Geschehnisse am 2. Mai 2014 in Odessa Überwachungsinstitutionen eingerichtet. Doch die Verantwortlichen für dieses Blutbad sind bisher von der Justiz nicht verfolgt worden und somit unbestraft geblieben, da keine offiziellen Ermittlungen sowie keine strafrechtliche Aufklärung des Massakers durch die Behörden durchgeführt worden sind. Aufgrund der durch unabhängige Überwachungsinstitutionen und Vereine (unter anderem durch den 2. Mai-Verein) durchgeführten Ermittlungen war der Ablauf der Ereignisse wie folgt. An jenem Tag marschierte anlässlich eines Fussballspiels eine Kolonne von Fussball-Ultras durch die Strassen der Stadt am Schwarzen Meer, unter denen sich auch Maidan-Aktivist*innen und Mitglieder rechtsextremer Kampfgruppen befanden, die aus Charkiw sowie anderen Orten kamen und mit Schildern, Helmen, Knüppeln sowie Luft- und Infanteriewaffen ausgerüstet waren. Diese kamen dann in Kontakt mit einer Gruppe von Demonstranten des sogenannten «Odessa-Selbstschutzes», die Vertreter einer föderalistischen Staatsreform zur Wahrung der Rechte der russischsprachigen und russisch-ethnischen Minderheiten waren und als «prorussisch» angesehen wurden. Nachdem die zwei Gruppen miteinander in Kontakt gekommen waren, kam es zu Gewaltausschreitungen und dann brach eine Strassenschlacht aus, infolge derer die Aktivist*innen der «Odessa-Selbstschutzgruppe» mit Steinen, Flaschen und Blendgranaten beworfen wurden. Um vor den Gewalttaten zu flüchten, verschanzte sich ein Teil der «prorussischen» Demonstranten in einem Supermarkt, währenddem die rechtsextremen Militanten Molotov-Cocktails bastelten, um das Warenhaus anzuzünden. Polizisten waren am Anfang in äusserst geringer Zahl anwesend, doch es gelang der Polizei, die von den Rechtsextremisten attackierten und lebensbedrohten Selbstschutz-Aktivist*innen dadurch zu retten, dass sie den Eingang zum Supermarkt mit Fahrzeugen abspernte. Darauf zogen die Neofaschisten sofort zum Zeltlager der regierungskritischen Aktivist*innen, wo sich ungefähr 200 Leute befanden, darunter viele Frauen und alte Menschen, und warfen Molotov-Cocktails hinein. Daher sahen sich die Aktivist*innen gezwungen, sich auf den Weg zum naheliegenden Gewerkschaftshaus zu machen, in der Hoffnung, sich dort schützen zu können. Wie Videoaufnahmen zeigen, begann dann die rechtsextreme Gruppierung das Gewerkschaftshaus mit zahlreichen Molotov-Cocktails zu bewerfen, wodurch es in Brand gesetzt wurde und die Flammen sich rasch ausbreiteten, wobei mehrere Personen lebendig verbrannten oder durch Rauchvergiftungen starben, während andere versuchten, sich zu retten, indem sie aus den Fenstern der oberen Stockwerke sprangen. Viele davon kamen ums Leben. Die Feuerwehr, deren Wachposten nur wenige Hundert Meter entfernt liegt, traf erst 43 Minuten nach dem ersten Notruf ein (Ein Sprecher erklärte dazu später, seine Männer seien «keine Soldaten» und deshalb nicht verpflichtet, sich «in ein Kriegsgebiet in Lebensgefahr zu begeben»). Die meisten Überlebenden waren diejenigen, denen es gelungen war, aufs Dach zu klettern. Die offizielle Opferbilanz spricht von 48 Toten, doch dürfte diese viel höher sein, weil aufgrund verschiedener Zeugen, einige von denen, die es geschafft hatten, aus dem Gebäude zu fliehen, von den rechtsextremen Militanten an Ort und Stelle brutal zu Tode geprügelt, gefoltert und schwer verletzt wurden, wobei es schätzungsweise 120–130 Tote und über 200 Verletzte gab.

Im Jahr 2014 wurde folgende Befragung seitens eines EU-Parlamentsabgeordneten bezüglich der offiziellen EU-Position zum Odessa-Massaker an die Europäische Kommission gerichtet (Protokoll Nr. 008919-14): «Am 2. Mai fand in Odessa ein Massaker vor und im Gewerkschaftshaus statt, das offiziell 48 Tote verursacht hat. Jedoch aufgrund von nicht offiziellen Einschätzungen soll die Opferzahl bei 150 liegen, der mehrere Hunderte Verletzte hinzugefügt werden sollen, die dem Massaker um Haaresbreite entkommen konnten. Die Toten sind alle ukrainischer Staatsangehörigkeit und ethnisch russisch. Die offizielle Version der ukrainischen Behörden wurde vielerseits in Frage gestellt. Doch haben die Behörden von Kiew und Odessa, soweit bekannt, keine gründlichen Ermittlungen dazu durchgeführt und keine Verantwortlichen identifiziert. Zahlreiche Indizien legen nahe, dass die Todursache derjenigen Betroffenen, die ins Gebäude geflüchtet waren, um nicht auf der Strasse umgebracht zu werden, nicht der angebliche Gebäudebrand war, sondern Schüsse aus Feuerwaffen oder Waffen anderer Art. Angeblich gäbe es Filmaufnahmen, auf denen Polizisten zu sehen seien, die auf Menschen schiessen, während diese verzweifelt versuchen, durch die Fenster zu flüchten, und es stehen Beweise zur Verfügung, die darauf hinweisen, dass die Belagerer eine Tötungsabsicht hatten. Kann die EU-Kommission bekanntmachen, ob sie beabsichtigt, angesichts eines solch verwerflichen Massakers eine entschiedene Verurteilung des Geschehenen auszusprechen und Positionen im Bereich der Aussenpolitik zu übernehmen, die zur Verhütung möglicher Wiederholungen derart dramatischer Ereignisse beitragen können?»

Die schriftliche Antwort der damaligen Hohen Beauftragten und Vizepräsidentin der Kommission im Namen der EU-Kommission lautete: «In seinen Schlussfolgerungen des 12. Mai 2014 hat der Rat für Auswärtige Angelegenheiten folgendes erklärt: «Die tragischen Ereignisse des 2. Mai in Odessa, die den Tod und die Verletzung vieler Personen verursacht haben, müssen genauestens untersucht und alle Verantwortlichen vor Gericht gestellt werden. Der Rat ermuntert das internationale Beratungsgremium des Europarates eine solche Untersuchung zu verfolgen, um ihr dadurch Unabhängigkeit und Transparenz zu sichern.» Der im November 2014 gefasste Entschluss in Folge der im September 2014 von der ukrainischen Regierung erklärten Zustimmung, die Untersuchung über die Ereignisse von Odessa ebenfalls ins Mandat der Gruppe internationaler Experte einzuschliessen, wird dazu beitragen, eine sorgfältige Untersuchung durchzuführen und die Verantwortlichen vor Gericht zu bringen.»

Seitdem sind acht Jahre vergangen und bisher sind die genauen Ursachen des Massakers nie aufgeklärt und die Verantwortlichen nie vor Gericht gestellt worden. Die beunruhigende Frage nach der eventuellen strafrechtlichen Verantwortlichkeit der lokalen Sicherheitskräfte und Behörden und deren Verwicklung ins Geschehen wurde verdrängt.

Es gibt aber eine andere Version dieser schrecklichen Geschichte, wonach das Massaker geplant wurde. Es gibt manche journalistischen Reportagen und Rekonstruktionen, die darauf hinweisen, unter anderem jene, die auf dem Web-Netzwerk voltage.net.org unter dem Titel «Massaker von Odessa von der Spitze des ukrainischen Staates organisiert» veröffentlicht worden ist, auf die im folgenden zusammenfassend eingegangen werden soll. Im erwähnten Artikel ist unter dem Titel folgende Anmerkung zu lesen: «Die folgenden Offenbarungen kommen von einem Informanten von einer der Repressionsbehörden des ukrainischen Staatsapparats. Aus naheliegenden Gründen bat er um Anonymität. Es gibt mit Sicherheit Verwaltungs-Offiziere in Kiew, die die Gewalt verurteilen, die am 2. Mai 2014 in Odessa und im ganzen Land verübt worden ist.»

«Zehn Tage vor der Tragödie fand unter dem Vorsitz des amtlichen Präsidenten O. T. ein geheimes Treffen in Kiew statt um einen Sondereinsatz in Odessa zu organisieren. Anwesend waren: A. B. A, Innenminister, V. N., Leiter des Sicherheitsdienstes und A. P., Sekretär des Rates der Verteidigung und der nationalen Sicherheit. Der ukrainische Oligarch I. K., von den Behörden von Kiew an die Spitze der regionalen Verwaltung von Dnepropetrowsk gestellt, wurde für die Organisation dieser Operation konsultiert. Während des Treffens hatte A. A. den Einsatz von Schlägern vorgeschlagen, die in den Reihen der Anhänger eines Fussballclubs operieren, und als «Ultras» bezeichnet werden. Seit der Zeit, als er die Regionalverwaltung von Charkiw (Anm: bzw. Kharkiv auf ukrainisch) leitete, arbeitete er immer eng mit den Führern der Fussballclub-Anhänger zusammen, die er von seinem neuen Wohnsitz aus in Italien weiterhin subventionierte. Es war K., der das 1. Bataillon des Dnjepr von seiner persönlichen Wache aufgestellt und es vorübergehend unter das Kommando der Odessa-Polizeioffiziere gestellt hat. Er gestattete auch die Barzahlung einer Prämie von \$ 5000 für jeden pro-russischen getöteten Separatisten während der Operation. Wenige Tage vor der Operation Odessa hat A. P. Dutzende von kugelsicheren Westen an lokale Nationalisten geliefert. Dieses Videodokument zeigt die Verteilung der Westen an die Maidan-Aktivistinnen in Odessa. Schauen Sie sich die Person genau an, die die Lieferung ausführt. Es ist M. V., ein Gangster des grossen Banditentums, den man mehrfach auf den Videobändern des Angriffs auf das Haus der Gewerkschaften findet, als er eine Feuerwaffe benutzte. Man sieht ihn dann am Telefon, um seinen Bericht an die Behörden von Kiew zu erstatten. Die extremistischen nationalistischen Aktivistinnen des nationalen ukrainischen «Parlaments» (UNA-UNSO), die man an ihren roten Armbinden erkennt, wurden auch für diese Operation eingesetzt. Man hat ihnen eine zentrale Rolle in der Organisation der Provokationen zugewiesen. Im Zeltlager des Stadtviertels Kulikow spielten sie Komödie, posierten mit Aktivistinnen, die gegen die Junta dort versammelt waren, und gaben sich als Verteidiger des Lagers aus, um sie anschliessend umso besser in das Haus der Gewerkschaften zu drängen, wo die Mörder auf sie warteten. Fünfzehn Strassensperren waren installiert worden, um den Zugang zu Odessa zu blockieren. Die Sperren wurden von Militanten überwacht, die dem Kommando des 1. Bataillons des Dnjepr von K direkt unterstellt waren, sowie von den Mördern des Pravy Sektor (Anm: Rechtssektor, d.h. eine rechtsextreme ukrainische Partei) aus Dnepropetrowsk und Galizien. Darüber hinaus waren zwei militärische Einheiten der Selbstverteidigungskräfte vom Maidan in Odessa angekommen, betreut durch S. P., Dienstleistungschef der Präsidentschaft, eben genau derselbe, der am 18. Februar 2014 auf dem Maidan identifiziert wurde, und der im Besitz weitreichenden Gewehrs war, das im Kofferraum seines Autos versteckt, entdeckt wurde und ideal für Scharfschützen war. P. gab vor, dass er nicht umfassend über die Ziele der Operation informiert worden sei und dass, als er seine Männer vor Ort geschickt habe, er es «zum Schutz der Bevölkerung von Odessa» gemacht habe. Daher waren es mehr als 1400 Kämpfer aus anderen Regionen der Ukraine, die sich an diesem Tag im Rahmen der Operation in Odessa befunden haben. Diese Tatsachen nehmen dem Märchen jegliche Glaubwürdigkeit, dem zufolge es die Einwohner von Odessa gewesen waren, die das Haus der Gewerkschaften in Asche gelegt hatten. Der Leiter der Odessa-Polizei, D. F., war unmittelbar nach den tragischen Ereignissen auf mysteriöse Weise aus Odessa verschwunden. Es ist der Leiter der regionalen Polizeikräfte, P. L., und sein lokaler Vertreter, D. F., die persönlich die Leitung der Operationen in die Hand nahmen. P. L. war mit der Neutralisierung des regionalen Gouverneurs von Odessa, V. N. beauftragt. Er sollte verhindern, dass er eine unabhängige Sicherheitsmassnahme ergreife, die die Operation hätte vereiteln können. F. begleitete die Aktivistinnen direkt bis zum Platz von Griechenland, wo er angeblich «versehentlich verletzt wurde» (um einer weiteren Verfolgung, die mit den folgenden Ereignissen in Zusammenhang gebracht würden, zu entkommen).

Die Operation war von Anfang an für den 2. Mai geplant. An diesem Tag sollte ein Fussballspiel stattfinden, das die Anwesenheit von vielen Anhängern des Fussballclubs (der «Ultras») in der Innenstadt leicht rechtfertigen würde. (...) Am 2. Mai erreichte der Zug aus Charkiw, mit seinen Legionen von Anhängern des «Metallist Charkiw», ihrem Fussballclub, Odessa um 8.00 Uhr und einige der «Ultras» sollten an der Operation teilnehmen. Zur gleichen Zeit setzten sich die Einheiten des 1. Bataillons des Dnjepr von K. und dem Pravy Sektor in kleinen Gruppen quer durch die Stadt ab. Aus Kiew kamen die «Maidaner

Selbstverteidigungskräfte, die meisten von ihnen reisten in Bussen. Die Polizeikräfte hatten strikte Anweisungen, an diesem Tag keine Busse aus Kiew, Dnipropetrowsk und Lemberg aufzuhalten. Am Nachmittag begaben sich einige Kämpfer zum Sobomaya-Platz, wo sich diejenigen versammeln sollten, die für «einen ukrainischen Einheitsstaat marschieren» wollten. Sie sollten die Menge organisieren und sie auf die Barrikaden des Platzes von Griechenland führen. Alle Mitglieder einer Gruppe von «Spezialoperationen» mit dem Band des Heiligen Georgs, legten ihre Masken an und gingen die Alexandrowski-Allee hinunter. Diese waren die sogenannten «Prorussen», die man auf vielen Videos sieht. Die Provokateure trugen rote Armbinden, um sich von den authentischen prorussischen Aktivisten aus Odessa zu unterscheiden. Ebenso trugen die Polizeikräfte, die im Voraus vor den folgenden Ereignissen gewarnt wurden, identische rote Armbinden um einander zu erkennen. Leider fielen einige echte prorussische Aktivisten, die nichts von dem wussten was passieren würde, auf die Falle der Provokateure herein, die sie anspornten, auf die Faschisten loszugehen, um sie zu «stoppen». Viele Augenzeugen haben die Folgen der Ereignisse gefilmt. Mit Hilfe der Polizei reihten sich die sogenannten «prorussischen» Provokateure entlang des Einkaufszentrums Afina ein, das sich an der Kreuzung der Griechenland-Strasse und der Vize-Admiral Zhukov Gasse befindet, dort wo andere Provokateure aus der Gruppe der Fans des Fussballclubs sie angriffen. Dazu gehörten insbesondere Pravy-Sektor-Kämpfer und jene der UNA-UNSO. Diese Fakten wurden bestätigt, auch von Pro-Maidan-Beobachtern, die anwesend waren. Schusswaffen wurden auf beiden Seiten verwendet, und Opfer wurden in beiden Lagern gemeldet. Die Mission, die das Interesse der Fans vom Match ablenken sollte, für das sie gekommen waren, und sie ins Stadtviertel Koukikovo kanalisieren sollte, war gut durchgeführt worden. Die Provokateure, die die Menge sehr aufgeregt haben, zogen sich dann zum Kaufhaus Afina zurück, wo die Polizei sie unterstützte. Manche von ihnen waren verletzt. Sie hatten jedoch keine Tote zu beklagen. Während die Auseinandersetzungen auf dem Griechenland-Platz weitergingen, regelte eine Mörder-Gruppe vom Pravy Sektor die letzten Details des wichtigsten Teils der Operation mit dem Code-Namen «Ha'ola» (abgeleitet vom Ausdruck «Mizbeach Ha'ola», was auf Hebräisch bedeutet: «Der Altar des Opfers»). Sie haben sich durch eine Tür auf der Rückseite des Gebäudes ins Haus der Gewerkschaften geschlichen. Sie nahmen dann ihre Positionen in den Kellern und auf den Dachböden ein. In dieser Gruppe waren nur bewährte Kämpfer, und alle waren erfahrene Mörder. Während die Masse der Leute durch das Zentrum der Stadt ging und von dem Griechenlandplatz zum Viertel Koukikovo strömte, nahmen einige Provokateure Autos und sind auf Hochtouren vor den Grossteil der Masse gefahren. Sie stürzten dann in das Zeltlager, mit der Absicht, durch Geschrei eine Panik zu erzeugen: «Die vom Pravy Sektor kommen!» und dann: «Sie kommen um euch zu töten!», und so weiter. Statt sich in der Stadt zu verteilen, sind viele den Provokateuren in die Falle gegangen und nahm Zuflucht im Haus der Gewerkschaften. Einige gingen in die Keller hinunter, aus denen niemand lebend herauskam. Sie wurden gefoltert, getötet und mit Macheten zerteilt. Andere suchten Zuflucht in den Stockwerken. Eine Mischung aus Benzin und Napalm war vorbereitet worden, um ein stechend riechendes, tödliches Gift herzustellen, das Kohlenmonoxid produziert. Chemiker hatten diesen tödlichen Cocktail dem Platz der Unabhängigkeit in Kiew entwickelt, jedoch wurde er dort nicht verwendet. Diese Mischung wurde zum ersten Mal in Odessa getestet. Es war kein Unfall: Man musste um jeden Preis ein grossangelegtes Massaker realisieren, um die ganze Nation zu terrorisieren. Die «Schlacht» im Haus der Gewerkschaften dauerte mehrere Stunden. Während der ganzen Zeit gaben brutale Leute vor, das Gebäude zu verteidigen, indem sie Molotov Cocktails vom Dach warfen, während andere ihre Opfer methodisch schlachteten, erwürgten und zu Asche reduzierten. Die Wasserversorgung des Gebäudes wurde abgeschnitten, um im Voraus alle Versuche zu verunmöglichen, das Feuer zu löschen. Nachdem die «Ha'ola»-Phase der Operation abgeschlossen war, flohen die Mörder vom Pravy Sektor über Ausgänge auf der Rückseite und an den Seiten des Gebäudes und verliessen die Stadt. Polizeikräfte betraten dann das Gebäude. Die Zahl der Opfer wurde festgestellt, die dann zur offiziellen Zahl der Todesopfer der Katastrophe wurde, es waren aber in Wirklichkeit nur die Märtyrer, die in den oberen Etagen des Gebäudes gefunden wurden. Die meisten Personen wurden in den Kellern ermordet und ihr Tod wurde nicht registriert. Es ist unwahrscheinlich, dass eines Tages die genaue Zahl der Opfer bekannt wird. Den meisten Quellen zufolge wurden mindestens 120 bis 130 Leute massakriert. Die Wahrheit kann nicht ausgeblendet werden!

Die Junta-Führer privatisierten die Polizei und die Geheimdienste. Zu ihrem eigenen Nachteil haben sie die Büros des Staatsanwaltes vergessen. Der Generalstaatsanwalt im Amt entschied wie folgt: «Diese kriminelle Aktion wurde nicht von Zwischenebenen vorbereitet. Sie wurde sorgfältig geplant, koordiniert und Vertreter der verschiedenen Behörden nahmen daran teil.» Es ist unwahrscheinlich, dass er die wahren Schuldigen dieser Tragödie nennen dürfen. Jedoch wird es für die Junta unmöglich sein, die Wahrheit über die wirklichen Geschehnisse in Odessa vollständig zu verbergen. Diese Tragödie verdient Thema einer ausführlichen Untersuchung zu werden. Die Schuldigen müssen vor ein Gericht der internationalen Gerechtigkeit gebracht werden und für die Verbrechen gegen die Menschlichkeit, die sie begangen haben, Rechenschaft ablegen. (...)

(Quelle: www.voltairenet.org/article183933.hhtml)

Nach dem Ausbruch des Bürgerkrieges, der vor allem in der östlichen Donbass-Region tobte, wurden – trotz der Unterzeichnung der zweiten von Frankreich und Deutschland garantieren Minsker-Abkommen im Jahre 2015 – häufig Greueltaten und Menschenrechtsverletzungen begangen. Die Russische Stiftung für die Demokratieforschung schickte der OSZE einen Bericht über die Gewalttaten der ukrainischen Sicherheitskräfte und der rechtsextremen Paramilitärs im Donbass, die nicht nur gegen Separatisten-Kämpfer, sondern auch gegen russischsprachige, in Gefangenschaft geratene Zivilisten, verübt worden waren. Im Bericht wurde die Anwendung von Foltermethoden wie Elektrokution, Elektroschocks, Waterboarding (eine Folterpraktik die darin besteht, dass dem Häftling so lange Wasser in den Mund geschüttet wird, bis er kurz vor dem Ertrinken steht, die von Amerikanern in Afghanistan, im Irak und in Guantanamo angewendet wurde), Verletzung durch eiserne Schlag-

stöcke und Messer, Erstickung durch Plastiksäcke, Ausreissen von Finger- und Zehennägeln, Knochenzerschmettern, Erwürgen mit der Garrote (die zu Ehren des nationalistischen ukrainischen Politikers und Kollaborateurs Stepan Bandera auch «bänderistische Garrote» genannt wird), Inhaftierung in kalten Zellen mit Essensentzug und Verabreichung tödlicher psychotroper Substanzen dokumentiert. Ausserdem wurden Häftlinge gezwungen auf Minenfelder zu gehen, wurden von Panzern zermalm und durch glühende Eisenklingen mit Hakenkreuzen und SEPR-Schriften (die für Separatist stehen) auf der Brust und dem Hintern gebrandmarkt.

In den vergangenen acht Jahren wurden die Männer der berüchtigten, vom Rechtsextremismus geprägten Kämpfer der Asow-Bataillone mehrfach von der UNO, OSZE sowie vom Menschenrechtsverein «Amnesty International» wegen ihrer Taten verurteilt. In einem OSZE-Bericht werden sie als «verantwortlich für die Massenermordung von Gefangenen in Massengräbern und die systematischen Anwendungen von Foltermethoden physischer und psychologischer Art» bezeichnet, wobei Tausende solcher Kriminalakte und Menschenrechtsverbrechen niemals strafrechtlich verfolgt wurden.

Laut einem im «Spiegel» erschienenen Artikel vom 11.11.2017 «wirbt das Asow-Regiment mit Flyern auf deutschen Neonazi-Veranstaltungen um neue Mitglieder, offenbar erfolgreich: Immer mehr Söldner schliessen sich an, um «Europa vor dem Aussterben zu bewahren».

Doch während dieser ganzen Zeit wurden die alarmierenden Berichte internationaler Institutionen und die Meldungen über Menschenrechtsverletzungen und Greuel in der Ukraine von den meisten westlichen Medien, Meinungsmachern und Politikern ignoriert. Nach dem Ausbruch des russisch-ukrainischen Krieges wurden die Kämpfer des Asow-Regiments sogar oft als mutige Landesverteidiger dargestellt und nicht selten als Helden gefeiert sowie ihre rechtsextreme Ideologie bagatellisiert und anders interpretiert als sie tatsächlich ist.

Auf einer immer noch aktiven ukrainischen Webseite namens Center Myrotvoret bzw. Mirotworez, die auf den ukrainischen Geheimdienst zurückzuführen ist, wurde ein ständig aktualisiertes Register veröffentlicht, das wie eine offizielle schwarze Liste wirkt, auf der die Namen, Photos und die persönlichen Angaben aus- und inländischer Journalisten – die über den Bürgerkrieg im Donbass, die Greuelthaten auf dem Maidan-Platz in Kiew und in Odessa berichtet haben, sowie all derjenigen, die von der ukrainischen Regierung als politische Oppositionelle, «Landes- bzw. Staatsfeinde» und sonstige Kritiker der ukrainischen Regierungspolitik angesehen werden –, aufgelistet sind und an den Pranger gestellt werden, wobei neben den Namen der im Lauf des Bürgerkrieges ums Leben gekommenen Reporter und der verstorbenen «Staatsfeinde» «liquidiert» geschrieben steht. Es ist zu bedenken, dass in den letzten acht Jahren vor der russischen Invasion in der Ukraine schätzungsweise 40 Journalisten getötet wurden, wobei im genannten Zeitraum bis zu 80 politische Morde zu zählen sind. Unter den aufgelisteten Namen der angeblichen Feinde der Ukraine finden sich auch der ehemalige US-Staatssekretär Henry Kissinger, der Altbundeskanzler Gerhard Schröder und der berühmte Musiker Roger Waters.

Vor kurzer Zeit (19.6.2022) wurden vom ukrainischen Parlament (Rada) mit grosser Mehrheit sogar zwei Gesetze verabschiedet, die den Import und die Verbreitung von Büchern und Musikwerken russischer Autoren verbieten (egal ob sie aus Russland oder aus anderen Ländern kommen), da sie einen zerstörerischen Einfluss auf die Bevölkerung ausüben sollen.

Folgende Nachricht wurde von den meisten westlichen Medien dementiert, da diese sich nun anscheinend als selbsternannte Wahrheitsrichter das Recht anmassen, ultimativ festzulegen, was aus ihrer Sicht Propaganda und Fake News einerseits und was echte Informationen und zuverlässige Quellen andererseits sind. Nun kommt es aber oft vor, dass echte Informationen und Fakten von diesen Medien als Fake News und Propaganda deklariert und dadurch zensiert werden, während hingegen eine ganze Menge von Propagandameldungen und Falschinformationen ohne irgendwelche Kontrolle und Überprüfung, d.h. ohne jeden Faktencheck – wovon immer wieder grossspurig dahergeredet wird, wobei immer alles nur einseitig durchgeführt, verbreitet und als wahrhaftig proklamiert wird, und zwar nur deshalb, weil diese Informationen aus westlichen oder prowestlichen Quellen stammen und nicht einer Tatsachenüberprüfung unterzogen worden sind – als echte Nachrichten verbreitet werden.

Am 19. Mai 2022 wies das ukrainische Ministerium für Kultur und Informationspolitik das Buchinstitut an, alle in Russland oder auf russisch veröffentlichten, sowie aus dem Russischen übersetzten Werke zu vernichten.

Laut der Direktorin des Buchinstituts und ehemaligen Präsidentin des Verlagsforums, O. K, geht es darum, mindestens 100 Millionen Bücher zu vernichten, die angeblich das Böse vermitteln. Das erinnert schon sehr an die 1933 in Nazi-Deutschland veranstalteten Bücherverbrennungen «wider den undeutschen Geist», wie die Parole hiess, wobei hauptsächlich Buchwerke jüdischer Autoren dem Feuer übergeben wurden. Ist das etwa der Grund, warum diese Nachricht von den allermeisten Medien der selbstproklamierten «freien Welt» dementiert und als Fake News, d.h. Falschmeldung gebrandmarkt wurde?

Laut einem Bericht von «Amnesty International», der am 4. August 2022 in einer Pressemeldung veröffentlicht wurde, soll das ukrainische Militär während des laufenden Krieges das humanitäre Völkerrecht mehrfach verletzt haben, indem es zivile Personen in Gefahr gebracht habe. Auf der deutschen Webseite der Menschenrechtsorganisation ist nämlich folgendes zu lesen:

Ukrainische Truppen haben nach Untersuchungen von Amnesty International Zivilist*innen gefährdet, indem sie Stützpunkte in Wohngebieten errichtet und von dort aus Angriffe durchgeführt haben. Zum Teil bezogen sie in Schulen und Krankenhäusern Position. Bei darauffolgenden russischen Angriffen auf bewohnte Gebiete wurden Zivilist*innen getötet und zivile Infrastruktur zerstört. Bei der Abwehr des völkerrechtswidrigen russischen Angriffskriegs hat das ukrainische Militär wiederholt aus Wohngebieten heraus operiert und damit Zivilpersonen in Gefahr gebracht. Das ist ein Verstoß

gegen humanitäres Völkerrecht. Dass die ukrainischen Streitkräfte sich in einer Verteidigungsposition befinden, entbindet sie nicht von ihrer Pflicht, sich an völkerrechtliche Regelungen zu halten.

Auszug aus der Übersetzung der englischen Pressemitteilung:

Ukrainische Kampftaktik bringt Zivilbevölkerung in Gefahr:

- Wohngebiete, Schulen und Krankenhäuser dienen als Militärstützpunkte
- Angriffe aus dicht besiedelten zivilen Gegenden provozieren Vergeltungsschläge
- Diese Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht rechtfertigen allerdings nicht die wahllosen Angriffe Russlands mit zahllosen zivilen Opfern.

Ukrainische Truppen gefährden Zivilpersonen, indem sie im Kampf gegen die russische Invasion in besiedelten Wohngebieten, unter anderem in Schulen und Krankenhäusern, Stützpunkte einrichten und von dort Waffensysteme einsetzen. Zu diesem Schluss kommt «Amnesty International» auf der Grundlage umfassender Recherchen. Solche Taktiken verstossen gegen das humanitäre Völkerrecht und gefährden das Leben von Zivilpersonen, da dadurch zivile Objekte als militärische Ziele ins Fadenkreuz geraten. Bei darauffolgenden russischen Angriffen auf diese Wohngebiete wurden Zivilpersonen getötet und zivile Infrastruktur zerstört. «Wir sehen hier ein Muster, mit dem die ukrainischen Truppen bei ihren Einsätzen aus Wohngebieten heraus die Zivilbevölkerung in Gefahr bringen und das Kriegsrecht verletzen», so Agnès Callamard, internationale Generalsekretärin von «Amnesty International». «Dass sich die Ukraine in einer Verteidigungsposition befindet, entbindet das ukrainische Militär nicht von der Pflicht, sich an humanitäres Völkerrecht zu halten. (...) Zwischen April und Juli verbrachten Expert*innen von «Amnesty International» einige Wochen damit, russische Angriffe in den Regionen Charkiw und Mykolajiw und im Donbass zu untersuchen. Sie untersuchten Orte, an denen Angriffe stattgefunden hatten, sprachen mit Überlebenden, Zeug*innen und Angehörigen der Opfer, und führten Fernerkundungen und Waffenanalysen durch. Bei diesen Untersuchungen fanden die «Amnesty»-Mitarbeiter*innen in 19 Städten und Dörfern dieser Regionen Belege dafür, dass ukrainische Truppen aus dicht besiedelten Wohngebieten heraus Angriffe durchführten und Stützpunkte in zivilen Gebäuden einrichteten. Das «Crisis Evidence Lab» von Amnesty International hat einige dieser Geschehnisse zusätzlich durch die Auswertung von Satellitenaufnahmen bestätigt.

Die meisten der als Stützpunkte genutzten Wohngebiete befanden sich mehrere Kilometer hinter der Front. Es wären tragfähige Alternativen verfügbar gewesen, die keine Gefahr für die Zivilbevölkerung bedeutet hätten – wie zum Beispiel nahegelegene Militärstützpunkte oder Waldstücke oder andere weiter entfernte Gebäude. In den von «Amnesty International» dokumentierten Fällen liegen keine Hinweise darauf vor, dass das ukrainische Militär die Zivilpersonen in den Wohngebieten aufgefordert oder dabei unterstützt hätte, Gebäude in der Nähe der Stützpunkte zu räumen. Dies bedeutet, dass nicht alle möglichen Vorkehrungen zum Schutz der Zivilbevölkerung getroffen wurden.

Angriffe aus besiedelten zivilen Gegenden

Überlebende und Zeug*innen russischer Angriffe im Donbass und um Charkiw und Mykolajiw berichteten «Amnesty»-Vertreter*innen, dass das ukrainische Militär zum Zeitpunkt der Angriffe in der Nähe ihrer Häuser aktiv war, was diese Gegenden zur Zielscheibe russischer Vergeltungsschläge machte. Die Expert*innen von «Amnesty International» konnten dieses Muster an zahlreichen Orten beobachten.

Das humanitäre Völkerrecht verpflichtet alle Konfliktparteien, militärische Ziele – soweit praktisch möglich – nicht innerhalb oder in der Nähe dicht bevölkerter Gebiete anzulegen. Es gibt zudem weitere Verpflichtungen zum Schutz von Zivilpersonen vor den Folgen möglicher Angriffe, zum Beispiel durch Evakuieren der Umgebung oder wirksame Warnung vor Attacken, die sich auf die Zivilbevölkerung auswirken könnten. «Amnesty International» sprach mit der Mutter eines 50-jährigen Mannes, der am 10. Juni 2022 in einem Dorf südlich von Mykolajiw bei einem Raketenangriff getötet wurde: «Das Militär hatte sich in einem Nachbarhaus eingerichtet und mein Sohn brachte den Soldat*innen oft Mahlzeiten. Ich habe ihn mehrmals angefleht, sich von dort fernzuhalten, weil ich Angst um ihn hatte. Am Nachmittag des Angriffs hielt sich mein Sohn im Hof auf und ich war im Haus. Er war sofort tot. Sein Körper wurde in Stücke gerissen. Unser Haus wurde teilweise zerstört.» Ermittler*innen von «Amnesty International» fanden in dem Nachbarhaus militärische Ausrüstung und Uniformen. Mykola wohnt in einem Stadtteil von Lysychansk (Donbass) in einem Hochhaus, das mehrfach von russischen Angriffen getroffen wurde. Mindestens ein älterer Mann wurde dabei getötet. Mykola sagte «Amnesty International»: «Ich verstehe nicht, warum unser Militär von den Städten und nicht den Feldern aus feuert.» Ein 50-jähriger Mann, der ebenfalls in dem Hochhaus wohnt, sagte: «In der Nachbarschaft kommt es definitiv zu militärischen Aktivitäten. Wenn in die andere Richtung geschossen wird, hören wir danach Schüsse in unsere Richtung.» «Amnesty»-Vertreter*innen sahen, wie Soldat*innen ein Wohnhaus nutzten, das etwa 20 Meter vom Eingang zu einem unterirdischen Bunker entfernt lag, der von den Bewohner*innen genutzt wurde und in dessen Nähe der ältere Mann getötet wurde. Am 6. Mai 2022 nahmen russische Truppen in einer Stadt im Donbass eine Wohngegend, aus der ukrainische Streitkräfte Artillerie abfeuerten, mit Streumunition ins Visier. Streumunition kann – wie der Name schon sagt – aufgrund der Streuung unterschiedslos sowohl Zivilpersonen als auch Soldat*innen treffen und ist daher weithin verboten. Granatsplitter beschädigten das Haus, in dem die 70-jährige Anna mit ihrem Sohn und ihrer 95-jährigen Mutter lebt. Anna berichtete: «Granatsplitter flogen durch die Türen.

*Ich war im Haus. Die ukrainischen Geschütze waren in der Nähe meines Feldes (...) Die Streitkräfte waren hinter dem Feld, hinter dem Haus (...) Seit Ausbruch des Krieges habe ich sie immer mal wieder gesehen (...) Meine Mutter ist (...) gelähmt, daher konnte ich nicht fliehen.» Anfang Juli wurde ein Landarbeiter verletzt, als die russischen Streitkräfte ein Lagerhaus in der Gegend um Mykolajiw angriffen. Wenige Stunden nach dem Angriff beobachteten Mitarbeiter*innen von «Amnesty International» ukrainische Militärangehörige und -fahrzeuge im Getreidelager. Zeug*innen bestätigten, dass das Lagerhaus, das gegenüber einem bewohnten Bauernhof lag, von der Armee als Stützpunkt genutzt worden war. Während «Amnesty»-Vertreter*innen entstandene Schäden an Wohnhäusern und angrenzenden öffentlichen Gebäuden in Charkiw und in Dörfern im Donbass und östlich von Mykolajiw untersuchten, hörten sie Schüsse aus ukrainischen Militärstellungen in der Nähe. In Bachmut berichteten mehrere Anwohner*innen, dass das ukrainische Militär ein Gebäude als Stützpunkt genutzt hatte. Es lag keine 20 Meter von einem zivilen Hochhaus entfernt. Am 18. Mai 2022 schlug eine russische Rakete in die Fassade des Gebäudes ein, zerstörte fünf Wohnungen teilweise und beschädigte benachbarte Gebäude. Kateryna, eine überlebende Bewohnerin, sagte: «Ich verstand nicht, was vor sich ging. [Da waren] zerbrochene Fenster und eine Menge Staub in meiner Wohnung (...) Ich bin hiergeblieben, weil meine Mutter nicht weg gehen wollte. Sie hat gesundheitliche Probleme.» Drei Anwohner*innen berichteten, dass die ukrainischen Streitkräfte vor dem Angriff ein Gebäude gegenüber dem bombardierten Wohnhaus genutzt hatten, und dass zwei Militärfahrzeuge vor einem anderen Haus geparkt waren, das beim Einschlag der Rakete ebenfalls beschädigt wurde. «Amnesty International» fand innerhalb und ausserhalb des Gebäudes Anzeichen für eine Militärpräsenz, zum Beispiel in Form von Sandsäcken und schwarzen Plastikplanen zum Verdunkeln der Fenster sowie neue, in den USA hergestellte Erste-Hilfe-Ausrüstung. «Wir können nicht bestimmen, was das Militär tut, aber den Preis dafür zahlen wir», sagte ein Anwohner, dessen Haus bei dem Einschlag beschädigt wurde.*

Militärstützpunkte in Krankenhäusern

*Mitarbeiter*innen von «Amnesty International» konnten an fünf Orten beobachten, wie ukrainische Streitkräfte Krankenhäuser faktisch als Militärstützpunkte nutzten. In zwei Städten wurden Krankenhäuser von Dutzenden Soldat*innen dazu genutzt, sich auszuruhen bzw. sich dort aufzuhalten und Mahlzeiten zu sich zu nehmen. In einer anderen Stadt feuerte das Militär aus der Nähe des Krankenhauses Geschosse ab. Am 28. April wurden in einem Vorort von Charkiw bei einem russischen Luftangriff zwei Mitarbeiter*innen eines medizinischen Labors verletzt, nachdem die ukrainischen Streitkräfte auf dem Gelände einen Stützpunkt eingerichtet hatten. Die Nutzung von Krankenhäusern für militärische Zwecke ist ein klarer Verstoß gegen das humanitäre Völkerrecht.*

Militärstützpunkte in Schulen

*Auch Schulen werden in verschiedenen Städten und Dörfern im Donbass und in der Gegend um Mykolajiw von ukrainischen Streitkräften regelmässig als Stützpunkte genutzt. Die Schulen sind seit Beginn des Konflikts zwar vorübergehend geschlossen, doch in den meisten Fällen befinden sich die Schulgebäude in der Nähe von bewohnten zivilen Vierteln. In 22 der 29 von «Amnesty»-Vertreter*innen besuchten Schulen wurden die Räumlichkeiten entweder gerade von Streitkräften genutzt oder es fanden sich Belege für aktuelle oder frühere militärische Aktivitäten wie etwa Militärkleidung, verbrauchte Munition, Essensrationen und Militärfahrzeuge. Das russische Militär griff zahlreiche der von den ukrainischen Streitkräften genutzten Schulen an. In mindestens drei Städten zogen ukrainische Soldat*innen nach russischem Beschuss in andere Schulen in der Nähe um, sodass die umliegenden Stadtteile der Gefahr ähnlicher Angriffe ausgesetzt waren. In einer Stadt östlich von Odessa beobachtete «Amnesty International» ein Schema, nach dem ukrainische Streitkräfte zivile Gebiete als Unterkünfte und Bereitstellungsräume nutzten. So wurden beispielsweise Panzerfahrzeuge unter Bäumen in Wohngebieten abgestellt und zwei Schulen in dicht besiedelten Wohngegenden militärisch genutzt. Zwischen April und Ende Juni schlugen in der Nähe dieser Schulen mehrmals russische Geschosse ein, die mehrere Zivilpersonen verletzten oder töteten. Darunter auch ein Kind und eine ältere Frau, die am 28. Juni ums Leben kamen, als ihr Haus von einer Rakete getroffen wurde. In Bachmut nutzten die ukrainischen Streitkräfte ein Universitätsgebäude als Stützpunkt, das am 21. Mai 2022 bei einem russischen Angriff getroffen wurde. Berichten zufolge wurden dabei sieben Soldat*innen getötet. Die Universität grenzt an ein Mehrparteienhaus, das bei dem Angriff beschädigt wurde, sowie an weitere zivile Wohnhäuser in etwa 50 Metern Entfernung. «Amnesty International» fand ein zerstörtes Militärfahrzeug im Innenhof des bombardierten Universitätsgebäudes. Das humanitäre Völkerrecht verbietet es Konfliktparteien nicht ausdrücklich, sich in Schulen einzunageln, die nicht in Betrieb sind. Streitkräfte sind jedoch verpflichtet, Schulen, die sich in der Nähe von zivilen Häusern bzw. Wohngebäuden befinden, nach Möglichkeit nicht zu nutzen, es sei denn, es besteht eine zwingende militärische Notwendigkeit. Wenn dies der Fall ist, haben sie die Zivilbevölkerung zu warnen und den Menschen gegebenenfalls bei der Evakuierung zu helfen. Dies scheint in den von Amnesty International untersuchten Fällen nicht geschehen zu sein. In bewaffneten Konflikten wird das Recht von Kindern auf Bildung ernsthaft beeinträchtigt. Die militärische Nutzung von Schulen kann zu Schäden an den Schulen führen, die das Recht auf Bildung auch nach Beendigung des Krieges weiter beeinträchtigen. Die Ukraine gehört zu den 114 Ländern, die die Erklärung zum Schutz von Schulen in bewaffneten Konflikten unterzeichnet haben. Diese Erklärung erlaubt den Konfliktparteien die Nutzung verlassener oder evakuierter Schulen nur dann, wenn es keine umsetzbare Alternative gibt.»*

(Quelle: www.amnesty.de/allgemein/pressemitteilung/ukraine-kampftaktik-der-ukrainischen-armee-gefaehrdet-zivilpersonen)

Dieser Bericht stiess auf scharfe Kritik und Verärgerung seitens der Kiewer Regierung und des Staatspräsidenten, die es als ein falsches Dokument bezeichneten, in dem eine Täter-Opfer-Umkehr gemacht worden sei. Darauf reagierte die Menschenrechtsorganisation in einem Statement mit folgenden Worten (Auszug): «Amnesty International» bedauert tief den Schmerz und Ärger, den unsere Pressemeldung über die Kampftaktiken des ukrainische Militärs ausgelöst hat.» Daraufhin trat die Leiterin der ukrainischen Filiale von «Amnesty International» aus Protest zurück und warf der renommierten internationalen Menschenrechtsorganisation vor, ihr Bericht sei «zu einem Werkzeug der russischen Propaganda geworden».

Laut plejarischen Beobachtungen und entsprechenden Kontaktberichtangaben ist es auch so, dass russische Kriegsgefangene oft durch ukrainisches Militär getötet werden, was auch von russischer Seite geschieht und ein schwerer Verstoss gegen die Genfer Konvention darstellt, welche beinhaltet, dass Kriegsgefangene nicht gefoltert oder getötet werden dürfen. Und bezüglich der himmelschreienden Verbrechen, die in diesem Krieg verübt und der Öffentlichkeit verheimlicht werden, ist in den neueren plejarischen Kontaktberichten Folgendes zu lesen:

Auszug aus dem 811. plejarischen Kontaktbericht vom 22. Juni 2022, 10.29 Uhr

Quinto (...) Der Ukrainekrieg wird jedoch durch die Medien mit einseitigen Falschmeldungen, Lügen und Betrugsnachrichten sowohl in den Anliegerstaaten, wie auch in der ganzen Welt verbreitet, und zwar derart, dass die Kriegsverbrechen der ukrainischen Armee ebenso verschwiegen werden, wie die Machenschaften und Kriegsverbrechen fremder Söldner und Abenteurer aus vielen fremden Staaten, wie auch aus der Ukraine selbst und aus Russland. Wie wir, ... und ich, beobachten konnten, wurden von Söldnern, die wahrheitlich alle leidenschaftliche und ausgeartete sowie abgebrühte Mörder sind, Flüchtlinge und deren Fahrzeuge mit erbeuteten russischen Waffen beschossen und die Menschen getötet – Frauen, Männer und Kinder. Dies wurde jedoch später durch Lügenbehauptungen dem Russenmilitär angelastet. Diese ausgearteten Menschen kennen keine Gefühle der Reue, der Schande und der Schuld, denn wahrheitlich sind sie viel schlimmer als ausgeartete wilde Tiere, die bei euch Maneater genannt werden. (...)

Auszug aus dem 799. plejarischen Kontaktbericht vom 18. April 2022, 13.12 Uhr

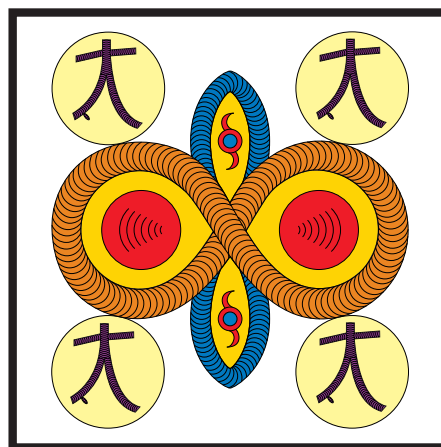
Ptaah (...) Dass der Krieg in der Ukraine kommen wird, das wusstest du ja schon seit der Zeit mit Sfath, das ist mir bekannt, doch was sich alles ergeben wird, das habt ihr damals nicht alles beschaut. Auch nicht umfänglich das, dass Abenteurer, sonstige Lustmörder und Vergewaltiger in die Ukraine einreisen und einiges tun, wie einige des ukrainischen Militärs, die eigene Landsleute vergewaltigen, ermorden und verscharren, dies dann aber den Feinden zuschieben, was niemals abgeklärt werden wird. Natürlich tun die feindlichen Militärs dasselbe, doch nicht alles kann auf diese geschoben werden. So wurde mir berichtet, dass diesbezüglich von unseren Überwachungen an verschiedenen Orten beobachtet wurde, wie sich solcherart Geschehen durch landesfremde Abenteurer, einige des ukrainischen Militärs und zugereiste Mördergesellen, zutragen, so im Bereich der Hauptstadt Kiew, wie auch anderswo. Auch Plündereien haben unsere Überwachungen bisher in grossem Masse registriert, und zwar von ukrainischem Militär und von landeseigenen Bevölkerungsteilen, wie natürlich auch von feindlichen Militärs. Viele werden beim Plündern ertappt, und wenn es landeseigene Personen sind, dann werden sie von Landsleuten gnadenlos einfach erschossen, und zwar Männer, wie auch Frauen und Kinder.

Es soll auch erwähnt werden, dass laut einem Dokumentarfilm des amerikanischen Fernsehsenders CBS unter dem Titel «Arming Ukraine», der aber unmittelbar nach seiner Veröffentlichung von der Webseite des Senders entfernt wurde, nur 30% der von den USA gelieferten Waffen an das ukrainische Militär gelangen. Im Film wurde das Mitglied von «Amnesty International» und Experte für Menschenrechtsverletzungen im Ukraine-Krieg Donatella Rovera interviewt, die behauptet, dass in der Ukraine Ähnliches wie im Irak geschah, als der IS grosser, an die damalige irakische Regierung gelieferter amerikanischer Waffenmengen habhaft werden und somit sein internationales Terrorwerk ausbauen konnte. Passieren kann nämlich, dass der Grossteil der von den USA und anderen Westländern an die Ukraine gelieferten Waffen in die Hände von skrupellosen Waffenhändlern, Terroristen, Extremisten, Kriminellen und Verbrechenorganisationen fallen.

Forts. folgt

KAMPF GEGEN ÜBERBEVÖLKERUNG FIGHT AGAINST OVERPOPULATION

Sovrappopolazione
Sobrepoblación
Υπερπληθυσμός
Перенаселение
Superpoblación
Överbefolkning
Overbevolking
Surpopulation
Przeludnienie



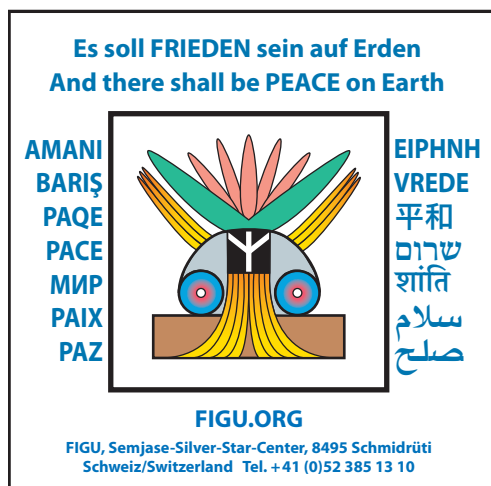
अत्याधिक जनसंख्या
الاكتظاظ السكاني
Idadi ya watu
אוכלסיית יתר
ازدياد جمعيت
人口過剩
人口过剩
인구과잉
Aşırı nüfus

Symbol Überbevölkerung/Overpopulation

FIGU.ORG

FIGU, Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti
Schweiz/Switzerland Tel, +41 (0)52 385 13 10

Verbreitung des richtigen Friedenssymbols



Das falsche Friedenssymbol – die heute weltweit verbreitete sogenannte <Todesrune>, die aus den keltischen Futhark-Runen resp. der umgedrehten Algiz-Rune fabriziert wurde – ist der eigentliche Inbegriff negativer Einflüsse und schafft zerstörerische Schwingungen hinsichtlich Unfrieden, Fehden und Hass, Rache, Laster, Süchte und Hörigkeit, denn die <Todesrune> bedeutet für viele Menschen Reminiszenzen an die NAZI-Zeit, an Tod und Verderben, wie aber auch Ambitionen in bezug auf Kriege, Terror, Zerstörungen vieler menschlicher Errungenschaften und allen notwendigen Lebensgrundlagen jeder Art und weltweit Unfrieden.

Es ist wirklich dringlichst notwendig, dass die <Todesrune> als falsches Friedenssymbol, das Unfrieden und Unruhe schafft, völlig aus der Erdenwelt verschwindet und dadurch das uralte sowie richtige Peacesymbol auf der ganzen Erde verbreitet und weltbekanntgemacht wird, dessen zentrale Elemente Frieden, Freiheit, Harmonie, Stärkung der Lebenskraft, Schutz, Wachstum und Weisheit reflektieren, aufbauend wirken und sehr besänftigend und friedlich-positiven Schwingungen zum Durchbruch verhelfen, die effektiv Frieden, Freiheit und Harmonie vermitteln können!

Wir wenden uns deshalb an alle FIGU-Mitglieder, an alle FIGU-Interessengruppen, Studien- und Landesgruppen sowie an alle vernünftigen und ehrlich nach Frieden, Freiheit, Harmonie, Gerechtigkeit, Wissen und Evolution strebenden Menschen, ihr Bestes zu tun und zu geben, um das richtige Friedenssymbol weltweit zu verbreiten und Aufklärung zu schaffen über die gefährliche und destruktive Verwendung der <Todesrune>, die in Erinnerung an die NAZI-Verbrechen kollektiv im Sinnen und Trachten der Menschen Charakterverlotterung, Ausartung und Unheil fördert.

Autokleber

Grössen der Kleber:

120x120 mm	= CHF	3.–
250x250 mm	= CHF	6.–
300X300 mm	= CHF	12.–

Bestellen gegen Vorauszahlung:

FIGU
Hinterschmidrüti 1225
8495 Schmidrüti
Schweiz

E-Mail, WEB, Tel.:

info@figu.org
www.figu.org
Tel. 052 385 13 10
Fax 052 385 42 89

IMPRESSUM

FIGU-SONDER-ZEITZEICHEN

Druck und Verlag: FIGU Wassermannzeit-Verlag,
Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz
Redaktion: BEAM <Billy> Eduard Albert Meier,
Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz
Telephon +41(0)52 385 13 10, Fax +41(0)52 385 42 89
Wird auch im Internet veröffentlicht
Erscheint sporadisch auf der FIGU-Webseite

Postcheck-Konto: FIGU Freie Interessengemeinschaft,
8495 Schmidrüti, PC 80-13703-3
IBAN: CH06 0900 0000 8001 3703 3
E-Brief: info@figu.org
Internetz: www.figu.org
FIGU-Shop: http://shop.figu.org



© FIGU 2022

Einige Rechte vorbehalten.

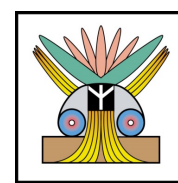
Dieses Werk ist, wo nicht anders

angegeben, lizenziert unter :

www.figu.org/licenses/by-nc-nd/2.5/ch/



**Für CHF/EURO 10.– in einem Couvert senden
wir Dir/Ihnen 3 Stück farbige Friedenskleber
-----der Grösse 120x120 mm. = Am Auto aufkleben.**



Geisteslehre Friedenssymbol

Frieden

Wahrer Frieden kann auf Erden unter der Weltbevölkerung erst dann werden, wenn jeder verständige und vernünftige Mensch endlich gewaltlos den ersten Tritt dazu macht, um dann nachfolgend in Friedsamkeit jeden weiteren Schritt bedacht und bewusst bis zur letzten Konsequenz der Friedenswerdung zu tun.
SSSC, 10. September 2018, 16.43 h, Billy

Die nicht-kommerzielle Verwendung ist daher ohne weitere Genehmigung des Urhebers ausdrücklich erlaubt.

Erschienen im Wassermannzeit-Verlag: FIGU, <Freie Interessengemeinschaft Universell>, Semjase-Silver-Star-Center, Hinterschmidrüti 1225, 8495 Schmidrüti ZH, Schweiz